

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft



Wie **radioaktiv** ist Ihre Bank?

Konzessionen zurück in die Kommunen!

Freiwirtschaft – ein antimonopolistisches Forschungsprogramm

G20: Entschärft die Schuldenkrise!

Liebe Leserinnen und Leser,

»Sie essen Bio, Ihr Strom ist Öko, aber was ist mit Ihrem Bankkonto?«, fragt derzeit der Umwelt- und Menschenrechts-Verein urgewald in einer Kampagne. Gute Frage! Denn was mit dem Geld auf unseren Konten eigentlich geschieht, darüber machen sich die meisten noch weniger Gedanken als darüber, wofür die Steuergelder verwendet werden.

Unser Erspartes wird zwischenzeitlich weiterverliehen – an wen und wofür, darauf nehmen bisher nur wenige Sparer bei kleinen Alternativbanken Einfluss. Das soll sich ändern! Die großen Banken finanzieren nämlich alles, was lukrativ erscheint, ob Regenwaldzerstörung oder Waffengeschäfte. »Rent Seeking« nennt sich das. Diese Suche nach Renten geht jedoch zu oft auf Kosten der Allgemeinheit und führt dazu, dass immer mehr Menschen der Zugang zu überlebensnotwendigen Ressourcen genommen wird (siehe S. 8).

Die Großbanken sind auch ein wesentlicher Pfeiler der Atomwirtschaft. Während es in Deutschland so scheint, als ginge die staatliche Subventionierung der Atomkraft aus Steuergeldern in absehbarer Zeit zu Ende (von den zukünftigen Kosten der Lagerung und Anlagensicherung mal abgesehen), könnte die private Subventionierung internationaler Atomkonzerne unmerkter weitergehen. Zwischen 2000 und 2009 ist die Atomindustrie – und hier geht es nur um die im Auftrag von urgewald untersuchte – mit Finanzdienstleistungen im Wert von 175 Milliarden Euro versorgt worden – vielleicht auch mit Ihrem Geld. Gleich nach dem Stromwechsel sollte daher der Bankwechsel kommen (siehe S. 4)!

Auch als Kleinsparer kann man Verantwortung übernehmen – auch wenn das Gros der rund 5 Billionen Euro, die bundesweit privat angelegt sind, nicht den Kleinsparern gehört und die Super-

reichen mit ihren Vermögen sehr viel mehr Macht ausüben. Einige können sogar den Kapitalmarkt beeinflussen und Staaten in den Bankrott treiben; die gleichen Staaten, die ihre Vermögen zuvor durch staatliche Kreditaufnahme alimentiert haben.

Die Überschuldung von Staaten führt zu Sparmaßnahmen und Privatisierungen, die das Funktionieren zum Wohle der Bürger unmöglich machen und die demokratische Ordnung gefährden. Nicht nur Griechen und Spanier protestieren inzwischen friedlich gegen diese Politik. Unumgänglich ist ein internationales Insolvenzverfahren für Staaten, indem untragbar hohe Schulden gestrichen werden (siehe S. 17). Das ist eine große Aufgabe, denn wenn Schulden wirklich gestrichen werden, dann müssen Gläubiger auf ihr angelegtes Geld verzichten. Diesen Verzicht auf bereits erworbene Ansprüche gilt es sozialverträglich zu gestalten. Dagegen ist es geradezu einfach, aber nicht weniger wichtig, eine Umlaufsicherungsgebühr auf Geld einzuführen, wie die INWO das fordert. Denn die betrifft die Zukunft. Sie bewirkt, dass die leistungslose Anhäufung großer Vermögen und wachsende Schuldenberge in Zukunft verhindert werden – und alle haben was davon!

Beate Bockting



Beate Bockting

Inhalt

- 3 Beate Bockting: Die (un)heimliche Ursachenkette
- 4 Regine Richter: Wie radioaktiv ist meine Bank?
- 7 Barbara Kern, Ulrich Jochimsen: Konzessionen für Strom, Gas, Wärme, Wasser zurück in die Kommunen!
- 8 Dirk Löhr: Freiwirtschaft – ein antimonopolistisches Forschungsprogramm
- 11 INWO Deutschland
- 14 INWO Schweiz
- 16 Termine
- 17 erlassjahr.de: G20 – Entschärft die Schuldenkrise!
- 18 Jürgen Messerschmidt: Hans Strung – als »Staatsfeind« in Stasi-Haft
- 22 Buchvorstellungen
- 23 Bestellmöglichkeiten

Impressum

FAIRCONOMY 7. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2011, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), J. Hakenes, W. Schneider, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 550 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: urgewald e.V. / cvp-design; INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: Volker Wiedemann / PIXELIO; 4-6: urgewald e.V.; 7: pixelio.de, © Rike; 8: Dirk Löhr; 9: © Erich Westendarp / PIXELIO; 10: © Rolf van Melis / PIXELIO / cvp-design; 11: Jörg Schreiner; 16: © Joss / PIXELIO; 17: erlassjahr.de; 22: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Die (un)heimliche Ursachenkette

Der von Global Change Now initiierte und von der INWO mit ausgerichtete Geldkongress »Macht – Geld – Sinn« am 11. März wurde von einer Katastrophenmeldung überschattet. Die Nachricht von der Explosion im AKW Fukushima zeigte die aktuelle Brisanz der Fragestellung des Kongresses: Macht unser von der Geldmacht getriebenes Wirtschaftssystem eigentlich Sinn?

In Berlin unterbrachen die Organisatoren des Kongresses das Programm und Dirk C. Fleck gab die alarmierende Meldung bekannt – selbst für den Autor von Ökothrillern eine beklemmende Situation. Ein atomarer GAU in einem reichen, hochentwickelten Industrieland wie Japan ... Folge einer unvorhersehbaren singulären Naturkatastrophe oder Folge des menschlichen Fortschritts- und Machbarkeitswahns? Für mich zeigt Fukushima, was passiert, wenn ein überhandnehmendes Geld- und Wirtschaftssystem sinnlos, da gefährlichen, »Fortschritt« forciert. »Bevor man die Welt verändert, wäre es vielleicht doch wichtiger, sie nicht zugrunde zu richten«, hat Paul Claudel einmal gesagt.

Es war bekannt: Japan wird immer wieder von Erdbeben erschüttert. Beim großen Kanto-Beben 1923 vernichteten eine zwölf Meter hohe Flutwelle und anschließende Großbrände einen Großteil von Yokohama und Tokio, fast 150.000 Menschen starben.

Dennoch: Um den schnell steigenden Energiebedarf der boomenden japanischen Wirtschaft decken zu können, stieg Japan 1965 mit dem »Japan Power Demonstration Reactor« in die kommerzielle Nutzung der Kernenergie ein. Ihm folgten über 60 (!) weitere Reaktoren, mit denen das Land buchstäblich »seine Power demonstrierte« ... vor allem seine wirtschaftliche.

Dass sich seit Anfang der siebziger Jahre in der Region neun schwere Erdbeben mit einer Magnitude größer als 7 ereigneten, konnte den Atomstrom-Wachstumskurs nicht aufhalten. Insbesondere nach der Ölkrise setzte die ressourcenarme Industrienation Japan mehr und mehr auf die Kernkraft.

Japanisches Wirtschaftswunder

Das kriegszerstörte Land hat nach dem Zweiten Weltkrieg ein ähnliches Wirtschaftswunder erlebt wie die BRD. Japan hatte in den 1960ern ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 10 Prozent zu verzeichnen. Bereits 1968 überholte es die BRD und wurde hinter den USA und der Sowjetunion drittgrößte, später sogar zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Auch in den 70ern



und 80ern hatte Japan stabile Wachstumsraten von durchschnittlich 4-5 Prozent und konnte seine Außenhandelsüberschüsse steigern. Eine solche Steigerung des BIP erhöhte natürlich auch den Strombedarf ... und so baute man fleißig weiter Atommeiler.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre floss spekulatives Kapital nach Japan, weil man eine Aufwertung des Yen erwartete. So entstand die so genannte Bubble-Economy, in der die Aktien- und Immobilienpreise stark stiegen, Immobilien beliebten und das Kapital in Aktien investiert wurde. Japanische Unternehmen hatten sehr viel Kapital zur Verfügung. Anfang der neunziger Jahre platzte jedoch die Spekulationsblase. Die Immobilienpreise fielen, die Aktienmärkte stürzten ab, und Banken blieben auf faulen Krediten sitzen, da die beliebten Grundstücke und Gebäude nicht mehr genügend Wert besaßen. Die Bürger wurden vorsichtig und hielten sich beim Konsum zurück. So wurden die 1990er zu einem »verlorenen Jahrzehnt«, das Land geriet in eine Deflationsspirale mit schwacher Binnennachfrage und schwächelndem Export.

Höchste Staatsverschuldung

Die Zentralbank versuchte jahrelang vergeblich, durch eine Nullzinspolitik Investitionen in Gang zu bringen. Doch dem hohen Kapitalstock aus den 80ern standen einfach keine renditeträchtigen Investitionsmöglichkeiten gegenüber. Und staatliche Investitionsprogramme erhöhten nurmehr die Staatsverschuldung. Japan hat mit 200 Prozent des Bruttoinlandsproduktes die höchste Staatsverschuldung unter den Industriestaaten. Fast die Hälfte des Haushalts wird über Neuschulden finanziert. Der Staat steht bei Japans Reichen in der Kreide. Wie überall auf der Welt funktioniert auch hier die Umverteilungsmaschinerie zu Gunsten einer Minderheit. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und mehrere Jobs zum Überleben sind auch in Japan an der Tagesordnung. Statt lebensgefährlicher Wachstumsgläubigkeit, staatlicher Verschuldungsprogramme, Deregulierung und Privatisierung: Wie wäre es mit umlaufgesichertem Geld - spätestens nach zu befürchtendem Staatsbankrott und Schuldenstreichung?

Beate Bocking

Wie **radioaktiv** ist meine Bank?

Was machen Banken eigentlich mit dem Geld ihrer Kunden? Klar, sie verleihen es weiter, aber an wen, darüber hüllen sie das Bankgeheimnis. Wobei sie gerne über ihr Engagement in Bereichen reden, die einen guten Ruf haben, wie Investitionen in Erneuerbare Energien, oder Kulturförderung. Da sie wissen, dass die finanzielle Unterstützung von Atomfirmen ein bedeutendes Reputationsrisiko darstellt, schweigen sie sich über solche Geschäfte aus.

Atomkraft ist nicht nur eine gefährliche Technologie, sondern auch eine sehr teure. So teuer, dass die Finanzierung die Achillesferse der Atomenergienutzung ist, denn neben dem Reputationsrisiko ist das Kostenrisiko enorm. In Finnland zum Beispiel liegt der Preis für das AKW Olkiluoto nach sechs Jahren Bauzeit fast doppelt so hoch wie geplant (Februar 2010: 5,3 Mrd. Euro statt der von dem französischen Atomanlagenbauer Areva versprochenen 3 Mrd. Euro) und Areva streitet sich mit seinem finnischen Kunden TVO vor Gericht darüber, wer die Mehrkosten tragen soll.

Eine Studie von 2007 zeigt, dass die Baukosten von Atomkraftwerken bis zu 300 Prozent die angesetzten Summen überschreiten und die Bauzeit im Schnitt vier Jahre länger dauert, als geplant (»The Economics of Nuclear Power«, Studie für Greenpeace Interna-

tional von Stephen Thomas, Antony Froggatt, Peter Bradford und David Milborrow, Dezember 2007). In die gleiche Kerbe schlägt die Citibank mit ihrer Analyse »New Nuclear – The Economics Say No« (Citigroup Global Markets, November 2009). Darin stellen die Analysten heraus, dass vor allem Baupreis, Strompreis und mögliche Abschaltungen im Betrieb ein enormes wirtschaftliches Risiko für AKW-Betreiber darstellen. So groß, dass es selbst die größten Energieversorger finanziell in die Knie zwingen könnte. Die Schlussfolgerung des Papiers, das sich vor allem auf AKW-Neubauten in Großbritannien bezieht, ist deutlich: Ohne staatliche Finanzgarantien oder garantierte Preise wird es keine Neubauten geben.

Kaum ein Bau ohne Bürgschaft

Das entspricht der langjährigen Praxis: Subventionen und/oder staatliche Garantien sind in den meisten Fällen die Vorausset-

»Subventionen und/oder staatliche Garantien sind in den meisten Fällen die Voraussetzung, damit Atomkraftwerke überhaupt gebaut werden können.«

zung, damit Atomkraftwerke überhaupt gebaut werden können. So wurden drei Reaktoren des Unglücks-AKW Fukushima I mit Hilfe der amerikanischen Exportkreditagentur Export-Import Bank realisiert. Sie gab einen Teil der nötigen Kredite und half damit dem amerikanischen AKW-Bauer General Electrics dabei, seine Kraftwerke nach Japan zu verkaufen. Eine Studie von 2001 (»Financing Disaster«) zeichnet die Rolle von Exportkreditagenturen bei der Realisierung von AKW nach: Kanada, Frankreich, Italien, Japan, Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Deutschland haben ihren Atomkraftwerksbauern Gelder und/oder Bürgschaften gegeben, damit sie AKW von Pakistan, Indien, Philippinen, China, Iran über Osteuropa bis Argentinien und Brasilien bauen konnten. Oft mit der Folge verheerender Verschuldung der Käuferländer.

In Deutschland gibt es eine lange Tradition der Verbürgung von AKW: Atucha 1 und 2 in Argentinien, Angra 2 in Brasilien, der Anfang des iranischen Atomkraftwerks Buschehr, Lianyungang in China, oder das AKW Mochovce in der Slowakei. Das Prinzip bei den Bürgschaften funktioniert folgendermaßen: Hermesbürgschaften werden deutschen Firmen gewährt, um sie bei Exporten in so genannte »schwierige Märkte«



Sie essen Bio, Ihr Strom ist Öko, aber was ist mit Ihrem Bankkonto?

in Entwicklungs- und Schwellenländern gegen das Risiko abzusichern, dass der Käufer ihrer Waren nicht zahlen kann. Für sehr große Ausfälle, die nicht von den Versicherungsbeiträgen gedeckt sind, kommt der Bundeshaushalt und damit der deutsche Steuerzahler auf.

2001 wurde mit der Tradition gebrochen und die Hermes-Umweltleitlinien verboten Bürgschaften für Nuklearexporte. Die schwarz-gelbe Bundesregierung schaffte mit Amtsantritt die Umweltleitlinien jedoch ab und ermöglichte so im Februar 2010 eine Grundsatzzusage über 1,3 Milliarden Euro an Areva/Siemens für den Bau des brasilianischen Atomkraftwerks Angra 3. Brasilianische Umweltschützer wehren sich seit Jahren gegen den Bau dieses AKW, da es in einer potenziellen Erdbebenzone liegt, ein veralteter Reaktortyp gebaut werden soll, nur notdürftige Notfallpläne existieren, der einzige Evakuierungsweg häufig durch Erdstöße blockiert wird, die Atomaufsicht nicht unabhängig ist und immer wieder hohe brasilianische Politiker laut über die Vorteile einer eigenen Atombombe nachdenken. Noch gibt es in diesem Fall keine endgültige Bürgschaft, zumal auch mögliche Finanziere noch grundsätzliche Zweifel an der Sicherheit und Qualität des geplanten Reaktors hegen. Im Lichte der japanischen Katastrophe muss die Bürgschaft daher jetzt grundlegend neu bewertet und die Grundsatzzusage wegen der geänderten Lage umgehend zurückgezogen werden.

Neben Angra 3 hat es weitere Bürgschaften, Anträge und Voranfragen für Zulieferungen zu Nuklearanlagen unter anderem in China, Südkorea, Litauen, Russland, Slowenien, Südafrika und Vietnam gegeben. Da die Ereignisse im hoch industrialisierten Japan zeigen, dass die Gefahren der Atomkraft nicht beherrschbar sind, darf erst recht nicht mit Hilfe von Hermesbürgschaften die Verbreitung dieser Technologie in Ländern gefördert werden, in denen die Rahmenbedingungen, Sicherheitsstandards und Aufsicht noch viel schlechter sind.

Banken und Atom...

Banken, die der Atomindustrie mit Finanzdienstleistungen helfen, hängen dies nicht an die große Glocke. Zumal in Deutschland, wo die Atomenergie so unbeliebt ist. Um trotzdem zu erfahren, welche Banken zu den wichtigsten Helfershelfern der Atomindustrie gehören, haben im vergangenen Jahr europäische Umweltorganisationen (darunter Banktrack, urgewald und Greenpeace International) dies recherchieren lassen. Im Fokus standen 80 Firmen, die der weltweiten Nuklearindustrie zuzurechnen sind: vom Uranabbau, der Brennelemente-Produktion, bis



»<http://www.urgewald.de/index.php?page=12>«

hin zum Reaktorbau, -betrieb und dem Management radioaktiver Abfälle. Das beauftragte niederländische Forschungsinstitut Proffundo prüfte für den Zeitraum 2000-2009 die Jahresberichte dieser Firmen, ihre Börsenangaben, Handels- und Finanzpresse sowie Finanzdatenbanken, um die Finanztransaktionen zwischen diesen Atomunternehmen und Banken auszumachen. Bei den untersuchten Transaktionen handelte es sich um Firmenkredite, revolving Kredite, Ausgabe und Besitz von Anleihen, Ausgabe und

»Nach dem Stromwechsel ist vor dem Bankwechsel!«

Besitz von Aktien, Projektfinanzierungen sowie andere Finanzprodukte.

Herausgekommen ist dabei die englische Webseite: »Nuclear Banks – No Thanks!« (www.nuclearbanks.org), die die Atomfirmen und ihre Hausbanken vorstellt. Die Top Ten internationaler »Atombanken« werden angeführt von französischen, britischen und amerikanischen Banken, von den deutschen Banken schafft es die Deutsche Bank auf Platz sieben.

Aus den Informationen der Webseite hat die Umweltorganisation urgewald die Broschüre »Wie radioaktiv ist meine Bank?« verfasst.

Deutsche »Atombanken«

Denn neben der Deutschen Bank mischen auch weitere deutsche Banken bei der Finanzierung von Atomfirmen mit. Deshalb hat urgewald die Rechercheergebnisse für den deutschen Bankenmarkt in einer Ver-

braucherbroschüre zusammengefasst (www.urgewald.de/index.php?page=12). Hier belegt die Deutsche Bank Platz Eins. Sie hat zwischen 2000 und 2009 die Atomindustrie mit 7,8 Mrd. Euro unterstützt. Ihr folgen die Commerzbank mit 3,9 Mrd. Euro und die UniCredit/Hypovereinsbank mit 2,3 Mrd. Euro Unterstützung.

»Die Broschüre gibt Verbrauchern die Möglichkeit, gezielt zu prüfen, ob und welche Atomunternehmen ihre Bank finanziell unterstützt hat,« erklärt Heffa Schücking, Geschäftsführerin von urgewald. So finanziert die Deutsche Bank zum Beispiel neben den vier großen Betreibern von Atomkraftwerken in Deutschland (RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall) auch den französischen Atomkonzern Areva, der in vielen Ländern neue Atomkraftwerke plant und bei seinen Uranabbauaktivitäten in Niger ein verstrahltes Erbe zurücklässt.

Die Landesbanken als Zentralinstitute der Sparkassen sind ebenfalls treue Geldgeber der Atomindustrie, wenn auch in geringerem Maße als die großen Privatbanken. Besonders tut sich dort die Bayerische Landesbank hervor, die gemeinsam mit anderen Banken dem finnischen Unternehmen TVO mehrere Kredite für den Bau des Atomkraftwerks Olkiluoto 3 gab.

Und die DZ-Bank, das Zentralinstitut der Volksbanken, unterstützt als einzige deutsche Bank den kasachischen Staatsmonopolisten Kazatomprom, dem illegaler Uranhandel mit dem Iran vorgeworfen wird und der Kasachstan zum weltgrößten Uranexporteur ausbauen will. Da Kazatom-Mitarbeiter von einer »einzigartigen Fähigkeit kasachischer Böden zur Selbstreinigung« ausgehen, lässt dies Schlimmes für die Umwelt erwarten.

... auch Geld für TEPCO

Die Recherche ergab auch Informationen, die hinsichtlich der aktuellen Katastrophe in Japan für deutsche Bankkunden interessant sein dürfte: So gaben die Deutsche Bank und die WestLB für Tokyo Electric Power (Tepco), den Betreiber des japanischen Katastrophen-Reaktors Fukushima, Anleihen aus. Tepco hat 20 Jahre lang Berichte über Sicherheitsprobleme seiner Atomreaktoren gefälscht. »Die Banken haben sich weder für die bekannte Vertuschung von Mängeln und Störfällen durch Tepco interessiert, noch für die schon vor Jahren offenkundigen Folgen kleinerer Erdbeben in den japanischen AKW«, stellt Heffa Schücking fest.

»Move your Money!«

In den USA ist in Folge der Finanzkrise eine Bewegung entstanden, die Kunden auffordert, Großbanken das Geld wegzuneh-



Wie man konkret zu einer Alternativbank wechseln kann, erfährt man hier: www.urgewald.de/_media/_docs/AlternativbankenEmpfehlungen.pdf

men und zu Genossenschafts- und Volksbanken zu wechseln. Die Kampagne »Move your Money!« will verhindern, dass man Großbanken unterstützt, die erst mit Unsummen an Steuergeldern gerettet wurden, um dann gleich wieder »business as usual« zu machen. Move your Money fordert deshalb die Kunden auf, ihr Geld von den Großbanken abziehen und auf kleine Banken auszuweichen, die nicht (so stark) im Investmentgeschäft verstrickt sind und andere, nachhaltige Geschäftsmodelle verfolgen.

Diese Empfehlung gilt genauso für Bankkunden in Deutschland. Zeigen Sie den radioaktiven Banken die »rote Karte!« Doch aufgepasst: Es spielt eine entscheidende Rolle, wohin man wechselt. Zweifelsohne sind auch hier in Deutschland die kleinen Raiffeisen- und Volksbanken besser als ihre großen Geschwister, die tief in Atomkraft, Rüstung und ökologisch katastrophale Projekte verstrickt sind. Doch anders als beispielsweise die britische Co-operative Bank, die vom Geschäftsmodell her mit den Volks- und Raiffeisenbanken vergleichbar ist, verfügen die Volksbanken hierzulande über keine Ethikfilter für ihre Finanzaktivitäten. Und auch die Sparkassen haben erst sehr bescheidene Schritte in Richtung Nachhaltigkeit eingeschlagen, indem sie z.B. für ihre festverzinslichen Anlagen ein Nachhaltigkeitscreening eingeführt haben. Die Zentralinstitute der Sparkassen sowie der Volks- und Raiffeisenbanken (Landesbanken und DZ-Bank) engagieren sich in diesem Kontext noch zu wenig. Somit stecken, wenn auch indirekter, auch Sparkassen oder Volksbanken in zweifelhaften Kreditgeschäften und Investitionen.

Richtig Sinn macht ein Wechsel dann, wenn er zu einer ethisch und ökologisch ausgerichteten Bank erfolgt. Der Markt der Alternativbanken wird in Deutschland derzeit von vier Instituten bestimmt: der Bochumer GLS Bank, der Nürnberger Umweltbank, der EthikBank aus dem thüringischen Eisenberg und der Frankfurter Triodos Bank. Zusammen kommen die alternativen Bankhäuser auf knapp 200 000 Kunden – seit Jahren wachsen sie zweistellig, da die Finanzkrise für einen kräftigen Schub gesorgt hat. Ihre Bilanzsumme lag Ende 2009 bei knapp 6 Mrd. €.36 Noch führen sie allerdings ein Nischendasein. Zum Vergleich: der Geschäftsbericht der Deutschen Bank wies 2008 2,2 Billionen Euro aus. Doch Experten schätzen das Kundenpotenzial für ökologisch-ethisch ausgerichtete Geldinstitute auf 6 bis 12 Millionen Menschen für das Jahr 2020. Der Kern des Erfolgs der Alternativbanken liegt nach Einschätzung der Marktforscher darin, dass infolge der Finanzkrise soziale Lebensqualität, Umweltbewusstsein, Transparenz, Ehrlichkeit, Gemeinsinn und Sicherheit auch bei der Geldanlage an gesellschaftlicher Relevanz gewinnen.

Atomfirmen bei Alternativbanken tabu

Alle vier Alternativbanken verfügen über ein Ausschlusskriterium für Atom. Ein solches Ausschlusskriterium umfasst bei GLS Bank, EthikBank und Triodos ganz explizit Kunden, die Atomkraftwerke besitzen oder Dienstleistungen entlang der nuklearen Risikokette erbringen, vom Uranabbau bis hin zur Entsorgung atomarer Abfälle. Die Formulierung

gen diesbezüglich unterscheiden sich bei den unterschiedlichen Banken nur geringfügig. Die Umweltbank ist die einzige unter den vier, die über keine ausführliche Stellungnahme zum Thema Atom verfügt. Sie schließt aber »Investitionen in Großkraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Atomenergie)« jeder Art aus und verweist auf ihr Geschäftsmodell, wonach ausschließlich Finanzierungen durchgeführt werden, die zum Umweltschutz beitragen. Dadurch sind auch hier Atomfinanzierungen außen vor.

Trotz ihres prinzipiellen Neins zur Atomkraft findet sich in den Ausschlusskriterien bei GLS Bank und EthikBank die Einschränkung, dass »Unternehmen (dann) ausgeschlossen werden, wenn sie mehr als 5% ihres Umsatzes« im Dunstkreis der Atomenergie machen. Diese Einschränkung wird von Bankenseite damit begründet, dass bei bestimmten Finanzierungen für Windkraft- oder Wasseranlagen auch begrenzte Zulieferungen von Atomkonzernen eine marginale Rolle spielen können (z.B. Siemens-Regeltechnik). Generell gilt für die Alternativbanken: sie sind prinzipiell darum bemüht, Atomfirmen komplett auszuschließen. Dort, wo dies nicht zu 100% gelingt, sind sie zumindest ehrlich gegenüber den Kund/innen, dass ein – wenn auch sehr kleiner – Graubereich verbleibt.

Wie jede andere Bank auch, müssen die Alternativbanken Geld liquide verfügbar an Geld- und Kapitalmärkten anlegen. In der Regel tätigen sie diese Anlagen in Form von

»Nicht nur mit der Wahl des Stromanbieters, auch mit der Wahl seines Finanzinstituts kann man heute der Atomkraft ganz persönlich den Rücken kehren.«

Bankanlagen, festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Aktien. In Deutschland veröffentlichten EthikBank, Triodos Bank und GLS Bank, wie sie ihre Eigenanlagen anlegen. Generell muss hier allerdings bedacht werden, dass die Anzahl wirklich 100% grüner Anlagepapiere auf dem Markt sehr begrenzt ist und die Alternativbanken enormen Zwängen unterliegen, um das Geld ihrer Kund/innen sicher und korrekt anzulegen.



Regine Richter ist Mitarbeiterin von urgewald, sie arbeitet zu Hermesbürgschaften, der Europäischen Investitionsbank und Privatbanken vor allem zu Energiethemen.

Konzessionen für Strom, Gas, Wärme, Wasser zurück in die Kommunen!

Bürgerinnen und Bürger wollen durch eigene Stadtwerke versorgt werden, doch die Konzessionen für die Energieversorgung liegen meist bei den vier großen Energiekonzernen. E.ON, RWE, Vattenfall und EnWB kontrollieren 80 Prozent der deutschen Energieversorgung. Eine Rekommunalisierung der Netze würde die Kommunen stärken und ihre Wertschöpfung steigern.

Bürgerinnen und Bürger wollen durch eigene Stadtwerke versorgt werden. 81 Prozent der Befragten vertrauen ihren örtlichen Stadtwerken, aber nur 26 Prozent Großunternehmen und Konzernen im Allgemeinen (EMNID-Befragung 2009). Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die Kommunen ihre eigentliche Aufgabe, die Grundversorgung mit Wasser, Strom, Gas und Wärme, und besonders deren Zukunftssicherung, selbst durchführen.

Die Einnahmen, die die großen Energiekonzerne durch die Versorgung der Bürger erzielen, kann die Kommune gut selbst gebrauchen für Schulen, soziale Projekte, Kultur und Kunst.

Dezentrale Strukturen statt Großkraftwerke

Die Grundidee der Energiewende – dezentrale Strukturen statt Großkraftwerke – ist im Zeitalter des Internets einleuchtend. Im »Internet der Energie« werden künftig alle Geräte und alle (Klein-)Kraftwerke vernetzt. Die Kommune kann die Energieerzeugung steuern, ebenso wie der Stromanbieter Lichtblick die 100.000 Zuhausekraftwerke (Lichtblick-VW-Projekt).

Jede Kommune kann ihr Strom- und Gasnetz zurückkaufen, sie braucht dazu kein bares Geld. Die Bundesnetzagentur garantiert für das eingesetzte Kapital eine Rendite von 7-9 Prozent. Wo sonst kann die Kommune eine so hohe Rendite bekommen? Sie nimmt einen Kommunalkredit auf und verdient trotzdem daran.

Die Kosten für den Netzbetrieb, d.h. das eingesetzte Kapital, mögliche Entflechtungskosten, Personalkosten usw. werden über die Netzdurchleitungsgebühren zurückerstattet. Die Kommune muss für die Netze nur den Ertragswert bezahlen (Kaufing-Urteil von 1999). Wo ist das Risiko, von dem Konzerne und viele GemeindepolitikerInnen immer sprechen? Kleine Kommunen können kooperieren. Der Netzurückkauf ist profitabel,



Konzessionen für Strom, Gas, Wärme, Wasser zurück in Bürgerhand!

der Netzbetrieb ist kostenneutral: null Risiko!

Netzbetrieb in die Hand der Kommunen

Der Netzbetrieb muss in die Hand der Kommune liegen. Denn der Betreiber hat faktisch die Kontrolle. Für Wasser muss beste Qualität gewährleistet sein, Energiepolitik muss dezentral gestaltet werden, so dass vor Ort tatsächlich aus Atom und Kohle ausgestiegen werden kann. Das geht de facto in kurzer Zeit nur, wenn neben Erneuerbarer Energie in breitem Ausmaß Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) eingesetzt wird, vor allem im privaten Bereich. Mikro-KWK weist eine unschlagbare Effizienz von über 90 Prozent auf, weil Strom und Wärme völlig dezentral genutzt werden. Atom- und Kohlekraftwerke dagegen haben eine Effizienz von ca. 35 Prozent. Das heißt: 65 Prozent der Energie wird als Wärme in die Luft geblasen. Die Energiekonzerne zerstören unsere Lebensgrundlagen und verschwenden Energie in unvorstellbarem Ausmaß.

Mikro-KWK kann unübertroffen schnell in breitem Maße eingesetzt werden. Die Kommune kann mit relativ wenig Geld Förderprogramme auflegen. BürgerInnen können mit Mikro-KWK über den Stromverkauf Geld verdienen – die einzige Heizung, die sich amortisiert! Das für KWK benötigte Gas wird

immer mehr vor Ort erzeugt werden, durch Umwandlung überschüssigen Stroms in Erdgas, durch Abfälle, Klärgas, Pyrolyse u.a.

Energieerzeugung demokratisieren

So wird die Energieerzeugung demokratisiert. Die Kommune und mit ihr die Bürger erhalten ihre Gestaltungshoheit zurück. Neue dezentrale Energietechnologien werden entwickelt. Es findet eine breite Wertschöpfung vor Ort statt. Die enorme Ansammlung von Kapital bei den Energiekonzernen rührt daher, dass sie die Konzessionen für die Energieversorgung fast aller Kommunen halten. Damit kontrollieren sie die Energieversorgung bundesweit zu 80 Prozent.

Effizient, umweltschonend und bezahlbar ist ausschließlich dezentrale Energie. Wir brauchen keinen teuren Offshore-Strom, der über neue, teure Starkstromstraßen verteilt werden soll, und kein DESERTEC. Dies sind Projekte der Energiekonzerne, die die Erneuerbare Energie vereinnahmen und damit ihre Machtstellung erhalten wollen. Energie muss dezentral erzeugt werden!

In den nächsten Jahren laufen bundesweit ca. 2.000 Konzessionen aus. Meist für die Strom-, Gas- und Wärmeversorgung. Eine erneute Übertragung der Konzessionen auf Externe, auf die Konzerne wäre eine Privatisierung für weitere 20 Jahre. Das Auslaufen der Konzessionsverträge bietet die Chance, sowohl die wirtschaftliche Grundlage der Kommunen auszubauen als auch die kommunale Entscheidungsmacht zurückzuerlangen. Jede Kommune hat das Recht und die finanziellen Möglichkeiten, die neue Konzession auf eigene Betriebe zu übertragen. ■



Barbara Kern und Ulrich Jochimsen sind Mitglieder der Bürgerinitiative Stuttgarter Wasserforum. Ulrich Jochimsen ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Netzwerks Dezentrale EnergieNutzung e.V.

Freiwirtschaft – ein antimonopolistisches Forschungsprogramm

Wie können die freiwirtschaftlichen Ideen von der Öffentlichkeit, der akademischen Welt und den Medien endlich in dem Maße wahrgenommen werden, wie sie es verdienen? Die Antwort auf diese Frage liegt in der strategischen Fokussierung der Freiwirtschaftsbewegung und auch in der Kommunikation, meint Prof. Dr. Dirk Lühr, seit April 1. Vorsitzender der INWO Deutschland.

Ein betagter Anhänger der Ideen Gesells schrieb mir vor einiger Zeit folgenden sehr bemerkenswerten Satz: »Gesell, den ich sehr verehere, würde m. E. das Festhalten an seinem fast hundertjährigen Original unverzeihlich finden.« Die Freiwirtschaftstheorie hat in der Tat ein unglaubliches Potenzial. Gesell verstand seine Theorie als eine, die sich gegen Monopole – in einem weit verstandenen Sinne – richtet. Dieser Ansatz hat es in sich, und er wurde leider bislang noch nicht richtig ausgebaut. Nachfolgend möchte ich einige Anstöße geben, in welche Richtung eine Weiterentwicklung der Ideen Gesells gehen könnte.

Kritische Vermögenswerte

Im unten stehenden Schaubild zeigen die Spalten Vermögensgegenstände mit unterschiedlichen Eigenschaften. Die rechts stehenden Vermögenswerte (Maschinen, Last-

wagen, Wissen etc.) lassen sich grundsätzlich leicht reproduzieren und ersetzen, die links stehenden (z.B. Boden und Wasser) hingegen nur schwer.

In den Zeilen finden sich unterschiedliche Eigentumsregimes: Diese reichen vom Privateigentum (erste Zeile) über Commons, öffentliches Eigentum bis hin zum offenen Zugang (letzte Zeile). Insbesondere mit den Feldern 7 und 8 (offener Zugang) wird Marktversagen assoziiert: Beispielsweise werden Gegenstände aus Feld 7 bei offenem Zugang leicht übernutzt (die berühmte »Allmendetragödie« ist insoweit in Wirklichkeit eine Tragödie des offenen Zugangs), Gegenstände aus Feld 8 werden hingegen nicht in ausreichender Menge produziert.

Die Gründe hierfür werden in einer unterschiedlichen Zuordnung von Kosten und Nutzen der wirtschaftlichen Verwertung gesehen: Die Überfischung (Feld 7) bringt beispielsweise privaten Nutzen, die Kosten aber

»Die Freiwirtschaftstheorie hat ein unglaubliches Potenzial. Sie richtet sich gegen Monopole – in einem weit verstandenen Sinne.«

werden auf die Allgemeinheit abgewälzt (z.B. Seeräuberei in Somalia). Im Bereich des Wissens (Feld 8) wären z.B. in Abwesenheit eines Regimes geistiger Eigentumsrechte die Kosten von Erfindungen privat, die Nutzen stünden hingegen der Allgemeinheit zu.

Privatisierung als Allheilmittel?

Das Heil wird in Privatisierungsstrategien gesucht. Ziel hierbei ist, Nutzen und Kosten denselben Personen zuzuordnen. Die Privatisierungsstrategien werden durch die in der Abbildung eingezeichneten transparenten Pfeile symbolisiert. Boden, Wasser oder auch Wissen (Patentwesen) werden so zu privaten Wirtschaftsgütern gemacht.

Vermögensgegenstände	Produktions- und Substitutionselastizität (Keynes)		
	→		
Privat-eigentum	[1] a. Gegenständliche Privilegien, z.B. Boden, Wasser (GATS), Biopatente, CO ₂ -Zertifikate, Geld Problem: Immunisierung gegen Wettbewerb	[1] b. Natürliche Monopole, z.B. Wassernetz, Energienetz, Schienennetz	[2] Reproduzierbare Vermögenswerte, z.B. Maschinen, Gebäude, Lastwagen, Anpflanzungen etc.
			Entkapitalisierungsfunktion der Marktwirtschaft
Commons	[3] Common Property Resources (CPR)		[4] Common Produced Pool (CPP)
Öffentliches Eigentum	[5] Unter öffentlicher Verwaltung		[6] Durch öff. Hand produziert
Offener Zugang (open access)	[7] Unreine öffentliche Güter, z.B. Fischbestände, biogenetische Ressourcen (vor TRIPS), Wasser (vor GATS) Problem: Übernutzung		[8] Reine öffentliche Güter, z.B. Wissen, Sicherheit, öffentliche Gesundheit Problem: Unzureichende Produktion

Besonders kritisch ist die Idee zu sehen, dass diejenigen Mechanismen der unsichtbaren Hand, die in Feld 2 wirken, auch in Feld 1 zur Geltung kommen müssten. Bezogen auf Feld 2: Richtet sich die Nachfrage beispielsweise auf ein neuartiges Produkt wie grün karierte Schottenröcke und erzielen Pionierunternehmer mit der Produktion grün kariert Schottenröcke hohe Gewinne, so werden Konkurrenten in den Markt eintreten. Der Prozess führt dazu, dass im Ergebnis die aufgekommene Nachfrage nach grün karierten Schottenröcken gesättigt und die Gewinne wieder auf eine übliche Marge gedrückt werden. Die in Feld 2 wirkenden Markt- und Wettbewerbsmechanismen be-

wirken also nicht nur eine Sättigung des Marktes, sondern auch eine Entkapitalisierung der Produktionsanlagen für grün karierte Schotterröcke.

In Feld 1 (a. und b.) kann ein solcher Mechanismus hingegen kaum wirken, da Markteintritte und der Ersatz durch andere Güter kaum möglich sind: Boden lässt sich nicht beliebig reproduzieren, Wasser lässt sich nicht ersetzen, ein zweites, paralleles Schienennetz von Frankfurt nach Köln ergibt volks- wie betriebswirtschaftlich keinen Sinn. Eine höhere Nachfrage führt einzig zu höheren Renten (d.h. Einkommen ohne Gegenleistung) und Werten in den Händen derjenigen, die die Eigentumsrechte an den betreffenden Vermögensgegenständen innehaben. Gerade weil ein Angriff durch den Wettbewerb in Feld 1 nicht möglich ist und die betreffenden Renten und Wertsteigerungen privat vereinbart werden können, ist ein etablierter Platz auf diesem Feld heiß begehrt. Den Versuch, Regierungen und Parlamente auf allen politischen Ebenen für die eigenen wirtschaftlichen Sonderinteressen zu vereinnahmen (z.B. mittels Zuweisung gut bezahlter Berater- oder Beiratspositionen an Politiker), um sich den ersehnten »Platz an der Sonne« ergattern zu können, nennt man »Rent Seeking« (Tullock), also die Suche nach Renten. Problematisch hierbei ist, dass die wirtschaftlichen Betätigungen in Feld 1 zumeist auf Kosten der Allgemeinheit gehen: höhere Energie- und Wasserpreise, Kappung des Zugangs zu überlebensnotwendigen Ressourcen etc.

Vielfältige Alternativen

Indessen behaupten die Befürworter der Privatisierung die Effizienz dieses Regimes – es wird als so effizient ausgegeben, dass nach Möglichkeit alle Wirtschaftsgüter (vom Blauwal bis zur Erfindung) in Privateigentum übergehen sollten, sofern das zu vertretbaren Kosten möglich ist. Dies sollte möglichst weltweit geschehen (Universalität). Damit der beste Wirt in den Genuss des betreffenden Wirtschaftsgutes kommt, wird Handelbarkeit gefordert. Das Ergebnis ist ein »One size fits all«-Anspruch: Andere Regimes als individualisiertes Privateigentum werden nicht mehr akzeptiert. Zum Ausdruck kommt dies beispielsweise in der Politik von Weltbank, IWF, WTO etc. Globalisierung ist insoweit eine Globalisierung von Institutionen, die einen Freibrief zum Rent Seeking darstellen. Die Schattenseiten der Globalisierung zeigen sich vor allem dort, wo diese von Renditeinteressen vorangetrieben wird und sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Zivilgesellschaftliche Gruppen wie z.B. Attac oder die aufstrebende Commons-Bewegung halten dagegen und verweisen auf alternative Regimes (Felder 3, 4, 5 und 6). Mittlerweile ist hier eine Vielzahl von Lösungsansätzen von unterschiedlichsten Gruppen



Wasser-, Energie- oder Schieneninfrastruktur sind von reproduzierbaren Vermögensgegenständen zu unterscheiden.

entwickelt worden, die teilweise vor dem Hintergrund unterschiedlicher Kulturen viel Sinn ergeben. Hinsichtlich der infrage kommenden Alternativlösungen führt nicht nur ein einziger Weg nach Rom; die Notwendigkeit der Vielgestaltigkeit von Formen des Wirtschaftens (thematisiert z.B. von Gerhard Weisser) ist ein Aspekt, der in der Freiwirtschaftsbewegung beachtet werden sollte. Die Globalisierung als Ausdruck der Vereinheitlichung

»Macht in privater Hand wird weitgehend toleriert. Macht ist jedoch die »kleine Schwester der Gewalt« (Andres) und in Wirklichkeit viel gefährlicher als diese.«

und Reduzierung von Institutionen, Lebensstilen und Lebensformen, genetischer Vielfalt (wir erleben zur Zeit das größte Massenaussterben von Arten seit dem Verschwinden der Dinosaurier), Softwareprogrammen, Meinungen etc. ist mit der Fokussierung auf das Geld alleine nicht zu fassen – wenngleich unbestritten Geld und Zins von größter Bedeutung sind. Die Freiwirtschaftsbewegung täte daher gut daran, die Kommunikation mit den vielen zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu verstärken, die eigentlich natürliche Verbündete der Bewegung sein sollten.

Ein starker Staat

Der Weg, über den das Rent Seeking (Feld 1) vollzogen wird, ist neben verschiedenen Formen der Korruption (vor allem der so genannten »weißen Korruption«) das Lobby-

ing starker und gut organisierter Gruppen. Die Kosten der in Feld 1 geschaffenen Privilegien (z.B. höhere Energiepreise) werden dabei auf die schlecht organisierte Allgemeinheit abgewälzt. Ein starker Staat sollte sich jedoch im Sinne Walter Euckens von solchen Sonderinteressen emanzipieren und als Treuhänder des Gemeinwohls walten.

Tatsächlich ging man lange Zeit in eine umgekehrte Richtung: Über Public Private Partnerships, Personalaustauschprogramme mit der Wirtschaft etc. wurde der Staat immer stärker von Sonderinteressen vereinnahmt. Gleichzeitig nahm die diesbezügliche Sensibilität in der Gesellschaft immer weiter ab. In der Freiwirtschaftsbewegung haben sich insbesondere das Seminar für Freiheitliche Ordnung (Bad Boll) und die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft kritisch hierzu geäußert. Auch in Bereichen wie Gesundheitspolitik, Rentenversicherung etc. sollte unsere Bewegung zukünftig stärker Position beziehen.

Die Menschen werden durch private, unangreifbare Macht, wie sie sich beispielsweise in Gestalt von Netzindustrien (in privater Hand in der Energiewirtschaft, bei der Post und immer mehr auch bei der Bahn) manifestiert, unmittelbar und spürbar betroffen. Mit Recht wird das Gewaltmonopol des Staates als ein zivilisatorischer Fortschritt gesehen. Macht in privater Hand wird hingegen weitgehend toleriert. Macht ist jedoch die »kleine Schwester der Gewalt« (Andres) und in Wirklichkeit viel gefährlicher als diese, da sie sich wie der Wolf im Schafspelz unscheinbar in die Öffentlichkeit einschleicht.

Bei Netzindustrien hegte man die Hoffnung, man könne die sich entwickelnde Macht durch



Ausgehend von den freiwirtschaftlichen Ideen ergeben sich interessante Forschungsfelder.

Regulierung wieder eindämmen. Doch schon Eucken wusste, dass der Geist nicht wieder in die Flasche zurückzudrücken ist, wenn er sich einmal draußen befindet. Im Übrigen war auch die »Akratie«, also die Herrschaftslosigkeit, ein zentrales Anliegen von Gesell. Realistischer Weise wird es aber eine vollkommene Machtlosigkeit in der Gesellschaft nicht geben. Die Monopolisierung der Macht auf den Staat ist jedoch eine konkrete Utopie (Bloch), die sich die Freiwirtschaftsbewegung in Fortführung der Gedanken Gesells auf ihre Fahnen schreiben sollte. Dies beinhaltet (z.B. mit Blick auf die Pharmaindustrie, die Netzindustrie, die Großflughäfen, die Börse, die sich in der Vergangenheit viele Regulierungsgesetze faktisch selbst geschrieben haben), dass Parlamente ihre Gesetze und Entscheidungen unter Kenntnis, aber nicht unter Beeinflussung durch private Sonderinteressen treffen. Notwendig ist eine »Bannmeile« um die parlamentarischen Entscheidungsträger dahingehend, dass Lobbyismus und anderweitige Beeinflussung geächtet werden. Nur ein starker Staat kann eine wirkungsvolle Ordnungspolitik zur Entmachtung von Sonderinteressen betreiben – die Freiwirtschaftsbewegung sollte sich als Gralshüter ordnungspolitischen Denkens verstehen.

Entkommerzialisierung von Kultur und Wissenschaft

Macht wird ferner ausgeübt durch die Kommerzialisierung der Hochschulen, wie sie in

der Abbildung auf S. 8 durch den transparenten Pfeil von Feld 8 nach Feld 1 symbolisiert wird. Die Vermittlung von Orientierungswissen vor allem in den Hochschulen wird immer mehr zugunsten von verwertungsorientiertem Verfügungswissen zurückgedrängt. Die Hochschulen geraten zudem durch den Rückzug des Staates immer mehr in den Sog der Drittmittelfinanzierung und verlieren hiermit ihre Unabhängigkeit. Die Chance, dass überkommene Paradigmata, welche die Interessen der Privilegierten (Feld 1) faktisch stützen, irgendwann über Bord gekippt werden, wird zunehmend geringer.

Auch die Kommerzialisierung der Massenmedien ist hier zu nennen. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen orientiert sich immer mehr an Privaten, der schleichende Systemwandel gipfelt schließlich im System Berlusconi. Das Seminar für Freiheitliche Ordnung hat die Bedeutung der Kultur auch für das freiwirtschaftliche Anliegen erkannt; es verdient mehr Gehör.

Ein interessantes Forschungsprogramm

Mein Plädoyer geht also in Richtung einer Öffnung der Perspektive der Freiwirtschaft. Dies bedeutet keinesfalls programmatische »Beliebigkeit«, sondern die Orientierung an klaren Prinzipien, die sich vor allem am Werk Silvio Gesells anlehnen. Gesell war jedoch ein Kind seiner Zeit, seine Gedanken sind von uns weiterzuentwickeln.

In all den genannten kritischen Bereichen (Abbildung) gibt es noch sehr viele Baustellen; bei den allermeisten wurden dabei noch nicht einmal die Fundamente gelegt. Ein heterodox orientierter Professor sprach kürzlich in einem Doktorandenkolloquium von einem »äußerst interessanten Forschungsprogramm« – und lud mich erneut ein, an anderer Stelle mehr darüber zu erzählen. Mein Appell: Hören wir darauf, was andere Gruppen und Personen zu kritischen Punkten zu sagen haben. Beispielsweise können die aufkommende Commonsforschung, aber auch die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen (aus Ressourcenrenten finanziert) interessante Anstöße geben, die man aufnehmen kann, ohne die eigenen Grundsätze zu verlassen. Künstliche Gegensätze und Frontlinien sollten hier nicht aufgebaut werden. Laden wir doch andere Gruppen und Personen ein, an unseren Baustellen mitzuarbeiten!

Ich bin davon überzeugt, dass eine geöffnete Perspektive die Attraktivität und Lebendigkeit der Freiwirtschaftsbewegung im Allgemeinen und diejenige der INWO im Besonderen wesentlich erhöht. Dies bedeutet nicht, dass die »Kernkompetenz«

»Ein starker Staat sollte sich im Sinne Walter Euckens von Sonderinteressen emanzipieren und als Treuhänder des Gemeinwohls walten.«

Geld verlassen werden sollte. Man kann jedoch das eine tun, ohne das andere zu lassen.



Prof. Dr. habil. **Dirk Löhr**, MBA, Jg. 1964, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der FH Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld. Steuerberater, freiberuflich tätig als Consultant für die GIZ in Sachen Land-Reform in Kambodscha, langjähriger Vorsitzender der

Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., seit April 1. Vorsitzender der INWO Deutschland

Macht Geld Sinn – zwei Eindrücke vom Kongress

Am 12. März 2011 fand in Berlin mit rund 300 Teilnehmern der ganztägige Geld-Kongress »Macht Geld Sinn« statt, den Global Change Now e.V. in Zusammenarbeit mit der INWO und einer ganzen Reihe weiterer Vereine und Institutionen organisiert hatte. Dies war wohl die erste Veranstaltung dieser Art, die von praktisch allen wichtigen Organisationen der freiwirtschaftlichen Bewegung unterstützt und mitgestaltet wurde. 14 Referenten und Referentinnen, darunter bekannte Namen wie Wolfgang Berger, Helmut Creutz, Margrit Kennedy oder Bernd Senf, repräsentierten ein breites Spektrum von Strömungen und Ansichten.

Der Kongress fand, um die Kosten niedrig zu halten, in der Arena Glashaus in Berlin statt, einer ehemaligen Fabrik, die den gewohnten Ansprüchen an ein Kongressgebäude sicher nicht genügte, aber letztlich doch ihren Zweck erfüllte. Es war geplant, jeweils drei Vorträge in den drei unterschiedlich großen Räumen parallel stattfinden zu lassen. Im Lauf des Tages musste das ursprüngliche Schema jedoch wegen der aktuellen Ereignisse in Japan und wegen des sehr unterschiedlichen Publikumsandrangs zu den einzelnen Veranstaltungen modifiziert werden, was im großen und ganzen auch gelang. Im Foyer des Hauses hatten die unterstützenden Vereine und Organisationen Platz, sich in einer Art »Kaffeehausatmosphäre« an ihren Ständen dem Publikum vorzustellen.

Als echter Publikumsmagnet erwies sich neben den oben genannten Referenten auch Andreas Popp. Von den Vorträgen, die ich mir ausgesucht hatte, haben mich besonders Jörg Buschbeck und Steffen Henke nachhaltig beeindruckt. Beide waren mir vorher nicht bekannt. Außerdem stellte der Autor des »Tahiti-Projekts« Dirk C. Fleck seinen neuen Roman »Maeva« auf der Veranstaltung erstmalig vor. Wer es bis zum späten Schluss aushielt, konnte auch noch die Vorstellung des Kabarettisten Hans Gerzlich besuchen.

Viele der Vorträge können auf der Internetseite des Kongresses, www.macht-geld-sinn.de, nachgehört und -gesehen werden. Man kann dort auch zwei DVDs mit einem Zusammenschnitt bestellen.

Uwe Pflüger, INWO

Die Stimmung auf dem Kongress war ausgezeichnet, die in freier Rede vermittelten Informationen der Experten für alle hochinteressant, für einige Besucher sogar neu und bis dahin ungehört und unerhört.

Das gemeinsame Wissen, dass das Geldsystem in seiner gegenwärtigen Form seinen schädlichen Einfluss auf das Leben jedes Einzelnen ungebremst und ungefiltert ausübt, die wohlgedachten Beschreibungen, Interpretationen und Reformvorschläge der Referenten und die Gespräche in den Veranstaltungspausen ließen die Funken überspringen. Man spürte die selbstverständliche Gemeinsamkeit, das zutreffende Gefühl entstand: »Wir sitzen alle im gleichen Boot und können miteinander einen neuen Kurs setzen!«

Welche zerstörerische Wirkung das Geldsystem in seiner heutigen Form entfaltet, lernten die Kongressteilnehmer ganz unmittelbar. Am 11. März bebte westlich von Japan die Erde heftig, ein Tsunami von bisher nicht bekannter Gewalt überspülte große Teile der Westküste Japans. Einige Zuhörer verfolgten nebenbei die Nachrichten im Radio oder im Internet. Gegen 11.30 Uhr hörte man, dass im Atomkraftwerk Fukushima eine heftige Explosion mit Beschädigung des Reaktorgebäudes stattgefunden hatte. Der Verdacht auf einen GAU in mindestens einem Reaktorblock kam sofort auf und wurde inzwischen leider bestätigt.

Die Organisatoren unterbrachen den Kongress und Dirk C. Fleck gab die schlimme Meldung bekannt. Prof. Berger erläuterte anschließend im Rahmen seines Vortrages die Zusammenhänge zwischen der unendlichen Profitgier des Kapitals und den systematisch verursachten Mängeln und Gefahren der zivilen Atomenergienutzung.

Die Videomitschnitte der Vorträge und die Stellungnahmen der Teilnehmer zur Reaktorkatastrophe in Fukushima sind im Internet unter folgenden Adressen einsehbar:

www.globalchangenow.de
http://www.youtube.com/results?search_query=global+change+tv&aq=f
http://www.youtube.com/results?search_query=macht+geld+sinn&aq=f

Petra Bergemann, GCN

Die Referentinnen und Referenten – Menschen, die sich dafür einsetzen, dass das Geld mehr Sinn macht



Aktivitäten der INWO Regionalgruppe Köln

Nachdem im Jahre 2010 die Kölner INWO-Regionalgruppe acht Vortrags-/Diskussionsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Erwachsenenbildungsinstitution Melanchthon-Akademie organisiert hat, werden es dieses Jahr sechs sein. Ein Abend wurde bereits von den Mitgliedern der Gruppe selbst gestaltet und stieß auf großes Interesse.

Niko Paech mit seiner Postwachstumsökonomie war der Publikumsrenner und brach zahlenmäßig alle Rekorde. Im Sommer kommen noch Heiko Kastner und Klaus Willemssen nach Köln, und im Herbst haben sich Alwine Schreiber-Martens und Andreas Bangemann angesagt. Für nächstes Jahr plant die Melanchthon-Akademie einen Thementag »Geld«, sowie die Herausgabe einer Broschüre mit Texten unserer Referenten.


Mitgliederversammlung der INWO Deutschland

Am 2. April fand die diesjährige MV in Wuppertal statt. Der amtierende Vorsitzende Erich Lange berichtete ausführlich über die vielen Aktionen und Projekte und bedankte sich bei den Aktiven, die die vielen Aktionen ermöglicht haben. Dank galt auch Annemarie Voß-Steigener (Versand) und Beate Bocking (Redaktion FAIRCONOMY). Im vergangenen Jahr hat zudem besonders die Internet AG, allen voran Martin Welch, ganze Arbeit geleistet. In kurzer Zeit wurde eine komplett neue Website aus dem Boden gestampft.

Der neue Vorstand

Ralf Gelz und Norbert Olah zogen ihre Kandidatur zugunsten der drei anderen Bewerber zurück. Dirk Löh, Erich Lange und Klaus Willemsen wurden zum neuen Vorstandsteam der INWO D gewählt.

Das Programm, mit dem der Vorstand gewählt wurde, in Stichworten:



Der INWO Konsens

- Ein klar beschriebener Lösungsvorschlag
- Einen verbindlichen Minimalkonsens für die Außendarstellung
- Einheitliche Begrifflichkeiten
- Eine durchdachte Strategie zur Umsetzung



Die Botschaft



Eine Gebühr zur Umlaufsicherung (USG) schafft die Basis für dauerhaft stabile Währungen und ein Null-Zins-Niveau.

Daraus ergeben sich für die Gesellschaft unzählige positive Effekte.



Die Geldordnung ist von uns gemacht und es ist an uns, sie zu ändern.
(Michael Ende)

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit!

Willemsen erläuterte, worin seines Erachtens die Aufgaben der nächsten Zeit liegen. Hauptsächlich gehe es darum, »die internen Klärungsprozesse abzuschließen«, um nach außen »EINEN Lösungsansatz« zu vertreten, nämlich den erarbeiteten »INWO-Konsens«. Intern dürfe es selbstverständlich weiterhin Diskussionen zur Weiterentwicklung und ggf. Aktualisierung des Papiers geben.

Prof. Dr. Dirk Löh stellte sich den Anwesenden vor als Professor an der FH Trier, der zurzeit häufig dienstlich in Kambodscha weilt. Löh möchte erreichen, dass die INWO sich von ihrem Nischendasein verabschiedet und sich neuen Themen öffnet, selbstverständlich ohne »die Stammklientel« zu vernachlässigen. Angesichts der begrenzten zeitlichen Ressourcen ist für ihn das Aktiventreffen »der Nukleus der Vereinsarbeit«, der Vorstand habe zu unterstützen, zu begleiten und den Verein nach außen zu vertreten.

Auch für Lange gehört den Aktiventreffen eine größere Bedeutung beigemessen. Er plädiert dafür, sich wieder mehr »in die Augen zu gucken«, im Gegensatz zu den teils sehr aufreibenden Diskussionen via E-Mail.

In der Diskussion um den Antrag auf Namensänderung wurde auf die in der Vergan-

genheit immer wieder geführte Diskussion verwiesen. Da sie jedoch in der jüngsten Zeit ruhte, lehnten viele anwesende Mitglieder die Entscheidung als zu »ad hoc« ab. Eine weitergehende Diskussion bis zur nächsten MV wurde angeregt.

INWO-Filmtrailer

Der Antrag zur Erstellung eines INWO-Filmtrailers wurde von Annemarie Voß-Steigener vorgestellt und bei einer Enthaltung angenommen. Inzwischen haben sich Erich Lange, Klaus Willemsen und Beate Bocking mit dem professionellen Dokumentarfilmer Steffen Steigener getroffen und die Erstellung eines Exposés vereinbart. Um den INWO-Imagefilm verwirklichen zu können, sind Spenden hoch willkommen!

Der Antrag auf Änderung §13 Vereinsordnung von Matthias Klimpel bezüglich der Bezahlung von Tätigkeiten wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen. Die eigentliche Vorstandsarbeit hat jedoch weiterhin ehrenamtlich zu erfolgen.

Die beiden Anträge von Frank Bohner fanden keine Zustimmung und wurden abgelehnt. Deutlich wurde, dass die INWO für Offenheit gegenüber anderen Ansichten steht und den internen Diskurs will. Fachliche Detaildiskussionen sollen jedoch in entsprechenden Internet-Foren geführt werden, z.B. im internen Bereich der INWO-Homepage, anstatt wie bisher zumeist über den E-Mail-Verteiler INWO-AKTIV.

Geldpolitische Forderungen

An die Internet-AG wird die generelle Empfehlung ausgesprochen, die Meinung der Mitglieder stärker bei der Gestaltung der Homepage zu berücksichtigen. Die Mitglieder diskutierten über die inhaltliche Ausrichtung der INWO-Webseiten, insbesondere der Einführungstexte. Ein Entwurf von Norbert Olah wurde vorgestellt. Es gab weder eine eindeutige Meinung zugunsten dieses noch des bisherigen Entwurfs (von Tobias Schütze).

Die MV beratschlagte auch über zwei im Vorfeld erarbeitete Papiere zu den geldpolitischen Forderungen der INWO. Die Texte waren von Tobias Schütze und Uwe Pflüger als Ergebnis eines Vertiefungsseminars verfasst worden. Nach Meinung einiger Mitglieder erscheint der Text von Schütze geeignet, die Grundlage für einen INWO-Konsens zu bilden, der unsere geldpolitische Position professionell darstellt. Er sollte unter Berücksichtigung von BASEL III weiterentwickelt werden. Pflügers Text läuft nach Meinung einiger aufgrund seiner allgemeineren Verständlichkeit eher auf ein Forderungspapier hinaus, das für eine Unterschriftensammlung genutzt werden könnte. Auch online könnten wir mit einer Unterzeichnerliste werben. Konsens ist, dass die Internet-AG in Rücksprache mit dem Vorstand entscheidet, ob und in welcher Form ein Text auf der Homepage veröffentlicht wird.

Kooperation mit Global Change Now

Am Abend besuchten mehrere Vertreter des Vereins Global Change Now e.V die Mitgliederversammlung der INWO. Sie präsentierten die neue Kampagne von GCN »Wendevous – Deutschland im Dialog«. Näheres zu erfahren gibt es ab Mai 2011 unter www.wendevous.de

80. Geburtstag von Wera Wendnagel

Als Anlass des 80. Geburtstags unserer Ehrenvorsitzenden organisieren wir am Wochenende 19. bis 21. August ein Fest in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal und freuen uns über alle Weggefährten und INWO-Mitglieder, die mitfeiern möchten!

Der grobe Rahmen des Programms ist bereits abgesteckt. Änderungen im Ablauf bitte zeitnah auf der INWO-Internetseite nachlesen.

Für den Freitagabend ist eine Diskussionsrunde zum Thema »Veränderungen sind möglich – Szenarien der Transformation« vorgesehen.

Am Samstag wird es Beiträge von Sol Lyfond, Werner Onken, Roland Geitmann und Wera Wendnagel selbst geben.

Sol Lyfond bereicherte 1994 den Vorstand der INWO. Als Künstler führte er in den 90er Jahren mehrere fantasievolle Aktionen zum Thema Geld durch. Darunter auch das Welkende Blüten-Projekt, ein Vorläufer der späteren Regiogeld-Projekte, bei dem von verschiedenen Künstlern gestaltete umlaufgesicherte (»welkende«) Geldscheine zirkulierten. Lyfond hat außerdem einen der ersten Tauschringe Deutschlands gegründet, die Talentskulptur in Köln, die freiwirtschaftlich inspiriert war.

Werner Onken war ebenfalls in den 90ern gemeinsam mit Wera Wendnagel im Vorstand der INWO tätig. Er ist uns allen gut bekannt als langjähriger Redakteur der Zeitschrift für Sozialökonomie und Betreuer des Archivs für Geld- und Bodenreform an der Universität Oldenburg.

Roland Geitmann hat die Zusammenarbeit mit Wera Wendnagel als Vorsitzender der Christen für Gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) schätzen gelernt. Sein Beitrag wird unter dem Thema »Konturen einer solidarischen Ökonomie« stehen. Er wird dabei über die Ergebnisse der Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie berichten.



Am Samstagabend sind alle Gäste zum Grillen auf der Terrasse der geschichtsträchtigen Tagungsstätte eingeladen.

Am Sonntagvormittag gibt es Raum für Anekdoten. A. Bangemann, W. Onken, K. Willemsen u.a. werden Erlebnisse beisteuern. Wera Wendnagels Lebenserinnerungen, festgehalten in ihrem Buch »Mariannes Vermächtnis«, bieten zusätzlich reichlich Stoff. Alle Gäste sind eingeladen, einen jeweils selbst ausgewählten Abschnitt daraus vorzulesen (siehe Kasten).

Wer weitere Ideen zur Gestaltung des Wochenendes beisteuern möchte, kann sich mit Klaus Willemsen (E-Mail: Klaus.Willemsen@INWO.de oder Tel.: 0211 - 30 41 05) in Verbindung setzen. Zur Anmeldung wenden sich Gäste bitte direkt an die SGT in Wuppertal, Tel.: 02053 - 42 37 66.

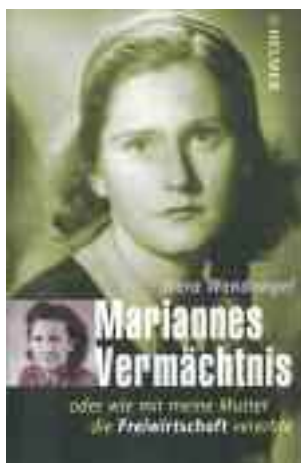


DEUTSCHLAND

INWO aktiv

Wer sich in der INWO engagieren möchte, hat die Möglichkeit, sich über den Mailverteiler INWO-aktiv mit anderen Aktiven auszutauschen.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Mail an: ralf.gelz@INWO.de



Wera Wendnagel:
*Mariannes Vermächtnis
oder wie mir meine
Mutter die Freiwirtschaft
vererbte.*

Erschienen im Ulrike
Helmer Verlag 2010,
zum Preis von 29,95 €
erhältlich im INWO-Shop
unter www.INWO.de

Gemeinsame Lesung: Best of ... Mariannes Vermächtnis

Mariannes Vermächtnis oder wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte« ist der Titel von Wera Wendnagels im letzten Jahr erschienen, äußerst lesenswerten Biografie. Schon im Hause ihrer Großeltern wurden die freiwirtschaftlichen Ideen diskutiert, ihr Onkel und ihre Mutter waren in den 1920er Jahren Mitarbeiter Silvio Gesells. Die Eltern wurden von den Nazis politisch verfolgt, der Vater kam dabei zu Tode. Die Mutter gab ihr die

freiwirtschaftlichen Ideen als Vermächtnis mit auf den Weg, was nicht zuletzt dazu führte, dass Wera Wendnagel 1992 den Vorsitz der INWO Deutschland übernahm.

Wir legen allen INWO-Mitgliedern diese spannend beschriebenen Lebenserinnerungen ans Herz und laden Euch ein, am Sonntag, den 21. August Euren Lieblingsausschnitt aus Weras Buch vorzutragen!

20 Jahre INWO Schweiz – Generalversammlung und mehr

Am 16. April 2011 fand die 21. Jahresversammlung der INWO Schweiz statt, dieses Jahr im »unternehmen mitte« in Basel. Das »unternehmen mitte« ist eine wichtige Keimzelle alternativer Bewegungen, auch mit geld- und geldsystemkritischem Hintergrund. Es wurde vor zwölf Jahren gegründet, nachdem die vorher dort befindliche Volksbank von der CS übernommen und geschlossen wurde.

Auf seiner Webseite mitte.ch stellt es sich so dar: »Unternehmen Mitte ist Name und Konzept für einen Spielort des Menschlichen, für den neuen Sinn eines alten Bankgebäudes, für die Kultur des Wandels. Was früher eine Bank war, ist heute ein Umschlagplatz für Arbeit, Kultur und vor allen Dingen: für guten Kaffee.«

Der gute Kaffee kam erst nach der GV, zunächst sollte etwas zur »Kultur des Wandels« beigetragen werden...

Neben dem Vorstand waren ca. 20 Mitglieder und einige weitere Interessierte der Einladung gefolgt, darunter auch ein von Alec Gagneux am Vormittag entdeckter Strassenmusiker, der uns ein wunderbares kleines Konzert zur Einstimmung lieferte.

Dann wurde es offiziell, aber ohne allzu förmlich zu werden. Teil 1 der Versammlung begann, indem unsere

engagierte Sekretärin Monica Gassner-Rusconi allen bisherigen Vorstandsmitgliedern eine Kerze übergab als Symbol für »zündende« Ideen, stetes Weitermachen und auch ab und zu Pausen einschalten, um dann gestärkt wieder in die nächste Runde der unermüdlichen und unentgeltlichen Vereinsarbeit zu starten.

Diesem Dankeschön folgten die Protokollgenehmigung vom Vorjahr und der

Jahresbericht (vollständig nachzulesen auf der Webseite www.inwo.ch unter »Über uns«).

Hier nur einige Schwerpunkte:

Nur noch die Zürcher Regionalgruppe ist aktiv, diese aber besonders stark. Zusätzliche Aktivitäten soll es wieder in Basel und Bern durch die Initiative des neuen und sehr engagierten INWO-Mitglieds Kaj Niggli geben. Alle Interessierten an einer (wiederbelebten) Regionalgruppe dürfen sich gern melden.

Unser Sekretariat läuft super und wird weiterhin gemanagt durch die gut organisierte Monica Gassner und ein mit WIR-Geldern auch technisch aufgerüstetes Equipment.

Die INWO wird trotz der grossen Bemühungen von Co-Präsident Daniel Meier keinen Gemeinnützigkeits-Status erhalten. Eine Organisation, die gesellschaftlich etwas im politischen Sinne bewegen möchte, gilt als

Interessenvertretung einer Gruppe und deshalb nicht der Allgemeinheit. Gegen dieses Politikverständnis sind wir erstmal machtlos, auch wenn wir unsere Aktivitäten anders verstehen. Finanzielles: Im vergangenen Jahr hat sich der Verein FBS (Freiwirtschaftliche Bewegung Schweiz) aufgelöst. Der INWO Schweiz wurde dadurch ein wertvoller Spendenbetrag überwiesen. Die INWO dankt für diese grosszügige Geste. Auch ein Vermächtnis aus Schaffhausen und eine Spendenaktion von Hendrik Barth (Bilderverkauf) hielten die INWO finanziell gerade so im Budget, obwohl es eine Reihe finanzieller Altlasten gab, die noch abgegolten werden mussten. Die Jahresrechnung 2010 wurde angenommen, so wie auch das Budget für 2011.

2011 wurde mit Elan angegangen. Schwerpunkt der Arbeit ist noch einmal die Monetative. In der Erwartung, dass diese bald auf eigenen Füüssen stehen wird, wird es in den dann folgenden Jahren wieder andere Schwerpunkte geben. Das Bodenthema (z.B. das Phänomen Landgrabbing) und allenfalls das Grundeinkommen werden uns dann vermehrt beschäftigen. Aber auch andere Vorschläge werden gern entgegengenommen.

Weitere geplante Aktivitäten in 2011 sind die Teilnahme an der Vernetzungswanderung sowie Vorträge (auf Anfragen hin). Das Akquirieren von Spendengeldern, Schenkungen, Legaten wird unbedingt notwendig sein. Und besonders die Stärkung der Regionalgruppenarbeit soll Fortschritte zeigen.

Der Vorstand bleibt noch einmal zusammengesetzt wie bisher. Er wurde einstimmig wiedergewählt. Wir sind sozusagen in einer Phase des »Bewahrens« und so des Schaffens von Stabilität. Weiterhin dringend erwünscht ist das Engagement der Vereinsmitglieder, auch bezüglich des Werbens neuer, insbesondere auch jüngerer und weiblicher (Vorstands-)Mitglieder.

Nach einer kleinen Pause ging es um das Thema Grundeinkommen. Denn einer der Begründer des »unternehmen mitte«, Daniel Häni, ist auch wichtiger Impulsgeber der Schweizer Bewegung für ein bedingungsloses Grundeinkommen. In der zweiten Hälfte war er unser Gast. Ohne ins steife Referieren zu kommen, erzählte er über seine Beweggründe, sich für das Grundeinkommen zu engagieren. Wir diskutierten über die immer wieder heikle Frage der Bedingungslosigkeit und über die Finanzierbarkeit, die gar nicht so unrealisierbar ist, vor allem aber über die positiven Folgen für die Menschen, die mit Grundeinkommen zur bestimmenden Kraft der Gesellschaft würden. Bei richtiger Finanzierung wäre die Führungsrolle des Kapitals gebrochen – was für ein Schritt!

2012 soll die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative beginnen – die wahrscheinlich noch kein Grundeinkommen einführen kann, die aber den Gesetzgeber dazu bringen soll, umsetzbare Konzepte zur Verwirklichung auszuarbeiten. Wir wünschen viel Erfolg und bleiben mit am Ball! Schliesslich soll in Bälde auch eine Initiative zur Monetative-Vollgeldreform gestartet werden. Das sollte eine gute Basis für eine mindestens punktuelle Zusammenarbeit sein.



Während sich alle langsam zur GV einfinden, geht es quirlig zu.

INWO beim SUFO

Das 7. Sozial- und Umwelt-Forum fand wie üblich auch in diesem Jahr in St.Gallen statt. Das Organisations-Team dort ist gut eingespielt, alles klappte ziemlich perfekt. Das SUFO fand am gleichen Wochenende statt wie die wichtige und von uns selbst organisierte Tagung zur Vollgeldreform, nämlich am 13. und 14. Mai. So mussten wir die ohnehin knappen Ressourcen aufteilen. Dank der Mithilfe einzelner Mitglieder konnte der Infostand dennoch ideal besetzt werden.

Ich übernahm die Vorbereitung und Durchführung der beiden ausgeschriebenen Workshops:

Am Vormittag »Schranken für Banken«, zur Funktionsweise der Geldschöpfung, zur historisch gewachsenen Rolle der Banken und ihrer daraus gewachsenen Übermacht sowie schliesslich zu den Veränderungsmöglichkeiten, die sich aus einer Vollgeldreform ergeben würden.

Am Nachmittag ging es unter dem Titel »Das Geldsystem als Service Public« zwei Stunden lang um die Rolle des Geldes als einer öffentlichen Dienstleistung, als einem vom Staat sicherzustellenden Service, der für das Funktionieren einer modernen Geldwirtschaft mindestens genauso wichtig ist wie das Transportsystem und die Energieversorgung. Es ging um das Konfliktpotenzial, das entsteht durch die private Geldschöpfung der Geschäftsbanken und ihre auch sonstigen privaten Gewinnmaximierungsinteressen einerseits und das so genannte Geldmonopol des Staates und seine verfassungsmässige Pflicht, dem Allgemeinwohl zu dienen, andererseits.

Anhand des jetzigen Artikels 99 der Schweizer Verfassung wurde verdeutlicht, wo die Schwachstellen liegen und wie sie durch einen ergänzenden, mit der Vollgeldreform verbundenen Verfassungstext beseitigt werden könnten. Für die TeilnehmerInnen war schnell einleuchtend, was es da für Handlungsbedarf gibt und wie durch Veränderungen im Verfassungstext das Geldsystem zu einem tatsächlichen und sicheren Service Public werden kann.

In beiden Workshops gab es natürlich eine ganze Reihe von Fragen, und wir benutzten die zweite Hälfte der Veranstaltung dann jeweils zur intensiven Diskussion, um den Raffinessen des Systems möglichst präzise auf die Schliche zu kommen. Es war beeindruckend zu erleben, wie genau die TeilnehmerInnen mitdachten

und die Funktionsweisen hinterfragten. Schade nur, dass es wenige waren, die in diesem Jahr an die Veranstaltungen kamen: jeweils acht Personen. Andererseits ist das nicht verwunderlich, denn das Workshopangebot war mit 62 Veranstaltungen gigantisch. Trotzdem: Die INWO-Workshops konnten erneut Menschen auf die Problematiken des Geld- und Bankensystems hinweisen, und wir werden uns auch im nächsten Jahr dafür engagieren.

Der Andrang an unserem Infotisch (zusammen mit TALENT), der sehr engagiert von Heinz und Marianne Jossi betreut wurde, war erfreulich gross. Zur Seite standen ihnen Kaj Niggli und Roland Stebler, und schliesslich stiessen Frank Moser und seine Partnerin aus Bern auch noch dazu. Eine ganze Menge Info-Material konnte verteilt und verkauft werden, und es gab eine Reihe anregender Gespräche. Nicht perfekt war, dass am Ende der Veranstaltung, die wie immer mit kleinen kultu-



rellen Beiträgen angereichert wurde, Regen aufkam und alle eher schnell als geruhsam zusammenpackten, wodurch auch die organisierte Demo etwas in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Nichtsdestotrotz war es ein gelungener Tag, den wir mit gemeinsamem Kaffeetrinken und teilweise gemeinsamer Heimfahrt beendeten.

Hendrik Barth

Der gemeinsame Infostand von INWO und TALENT

Warum ich für die INWO aktiv bin ...



Ich bin Kunstschaffender und stark geprägt durch die gesellschafts- und geldtheoretischen Überlegungen von Joseph Beuys. Seit Beginn der 90er Jahre beschäftige ich mich immer wieder mit Fragen zum Geldsystem. Insbesondere ist Geld für mich ein Rechtsdokument und sollte im Sinne von Gerechtigkeit gehandhabt werden. Das fliesst auch ab und zu in meine Malerei ein, in letzter Zeit aber vor allem in Geld-Installationen und Geldschein-Beschriftungen. Meine Aktivität in der INWO sehe ich als Teil meiner künstlerischen

Arbeit, als Arbeit an der Sozialen Plastik. Ich bin überzeugt, dass die INWO eine wertvolle Keimzelle für eine gerechtere Welt auf der Basis eines gerechteren Geldsystems ist, eine Keimzelle, in der man ernsthaft versucht, die Geheimnisse des Geldsystems zu durchdringen, um es nachhaltig zu verändern. So agiere ich von Zürich aus in diesem Sinne und versuche den destruktiven Kräften, die auch in dieser Stadt walten, etwas Konstruktives entgegenzusetzen.

Hendrik Barth, Zürich
hendrikbarth.com

Termine

Deutschland

■ Sa., 18. Juni 2011, 11.00-16.00 Uhr, Köln, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b FAIRCONOMY – Grundlagen und Perspektiven einer zukunftsweisenden Wirtschaftsordnung

Das Seminar richtet sich an Menschen, die mehr über die Hintergründe unserer instabilen Währung- und Wirtschaftsentwicklung wissen möchten. Im Mittelpunkt steht die Kritik an einem Geldverständnis, das auf endloses Wachstum setzt. Fragen und Sorgen zu persönlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen werden aufgegriffen, ebenso Themen wie Schuldenentwicklung, Wohlstandsschere, Wachstums-wahnsinn, Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, Sicherung der Renten. mit Klaus Willemsen, Fairconomy-Büro Düsseldorf

Kostenbeitrag: 10 Euro

Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln

■ Sa, 18. Juni 2011, 10.00–15.00 Uhr, Leipzig Volkshochschule, Löhrstraße 3-7 Der DRITTE WEG einer gerechten Geld- und Bodenordnung durch Bodengenossenschaften, Tauschringe und Regionalgeld

Tagesseminar mit Georg Otto

Würde die Idee des gerechten Tauschens in Tauschringen bzw. die des Regio-Geldes auf weitere Gemeinden, Kreise oder das Land übertragen, so könnte die schrumpfende Wirtschaft von unten belebt werden. Dies geschah bereits in der ersten Weltwirtschaftskrise. Ein Unternehmer der Region Schwanenkirchen (Bayerischer Wald) und die Gemeinde Wörgl (Inntal) senkten mit umlaufgesichertem Regionalgeld die Arbeitslosigkeit, sanierten die Kommunalfinanzen und erneuerten ohne Schulden, aus der wieder erstarkten Steuerkraft der Wirtschaft, die öffentlichen Gemeindestrukturen wie Straßen, Kanalisation und Brücken.

■ Mi., 29. Juni 2011, 20 Uhr, Buchhandlung Wolfgang Macht, Mühlenstraße 7, 29525 Uelzen MAEVA!

Lesung mit dem Bestseller-Autor Dirk C. Fleck
Mehr zum Roman auf: www.MAEVA-Roman.de

■ Do., 30. Juni 2011, DGB-Haus, Otto-Brenner-Str. 1, Hannover und Fr., 1. Juli 2011, Verdi-Haus, Goseriede 10-12, Hannover

Wege zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit – Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung?!

Konferenz von ver.di, attac, AG Alternative Wirtschaftspolitik, Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V. und Vorstellung des Manifests »Arbeitszeitverkürzung jetzt!«
Das Programm der Tagung ist im Internet unter folgenden Adressen abrufbar: <http://rls-nds.de> und <http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/termine>

■ Mi., 6. Juli 2011, 18.00 Uhr, Nürnberg, Gaststätte Pillhofer, Königstraße 78

Lesertreff der Humanen Wirtschaft
Weitere Termine: 3. August, 7. September
Weitere Infos: www.humane-wirtschaft.de

■ Fr.-So., 19.-21. August 2011, Silvio-Gesell-Tagungsorte, Wuppertal
Feier zum 80. Geburtstag von Wera Wendnagel

Schweiz

■ Do., 16. Juni 2011, 18.30-21.30 Uhr, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14, 8001 Zürich Treffen der INWO-Regionalgruppe Zürich
Zwei Volksinitiativen zur Einwanderungsproblematik stellen sich vor und werden diskutiert, danach Sommerpause

■ Sa., 25. Juni 2011 (bei sehr schlechtem Wetter 2. Juli)

Vernetzungswanderung

Die Tradition der jährlichen Vernetzungswanderung zum Kennenlernen von im weiteren Sinne ähnlich ausgerichteten Organisationen wird 2011 organisiert von Holon und findet von Ins aus zur Petersinsel im Bieler See statt. Auch INWO-Mitglieder sind herzlich willkommen!

Detaillierte Informationen auf: www.holon-net.net

■ Do., 14. Juni 2011, 20.00 Uhr, Café Gloria in Zürich

Gazosa Grundeinkommen N°13

Diskussionen rund um das Thema Bedingungsloses Grundeinkommen. Regelmässiges Treffen immer am letzten Tag eines Monats. Auskunft bei Daniel & Christian, Agentur Grundeinkommen, Augustinergasse 6, Zürich, Tel.: 043 497 27 77

Weitere Infos: www.bedingungslos.ch

■ Sa., 2. Juli 2011, ab 09.30 Uhr, Schloss Glarisegg in Steckborn am Bodensee

»anders denken – anders leben«
3. WAL-Meeting im Schloss Glarisegg in Steckborn am Bodensee

Warum ich für die INWO aktiv bin ...



Für mich hat alles damit angefangen, dass ich mein Geschäft 1994 aufgeben musste, da meine Familie zerbrochen ist. Zu dieser Zeit war es noch Gesetz, dass man mit

Schulden 30 Jahre leben muss, bevor man entschuldet wird. Vom Unternehmer wurde ich zum Sozialhilfeempfänger. So hatte ich reichlich Zeit mal nachzurechnen, wie sich meine Restschulden so in der nächsten Zeit entwickeln würden. Das war ein Schock!

Als ich mit einem Freund darüber sprach, drückte der mir »Das Geldsyndrom« von Helmut Creutz in die Hand und ich habe das Buch dann zweimal gelesen und danach nochmal gründlich studiert. Ich bin dann ziemlich direkt INWO-Mitglied geworden. Da es mit meinem Background so gut wie unmöglich war, eine Arbeitsstelle zu finden, habe ich mir gesagt: Setz deine Kraft für Veränderungen in der Gesellschaft ein, Missstände gibt es ja genug! Politisch bin ich dadurch zur ödp gekommen und wegen des zweifelsfrei vorhandenen Fehlers im Geldsystem eben zur INWO.

Inzwischen kann ich auf viele Teilnahmen an Mitgliederversammlungen, Kirchentags-Infoständen und anderen Demo-Infoständen für die INWO zurückblicken. Mein schönster Erfolg war die Organisation eines Vortrages von Helmut Creutz in Coburg. Es waren immer schöne Erfahrungen mit den Mitstreitern und mit den Gegenübern an den Infoständen. Da ich mich auch in der Anti-AKW-Bewegung, dem Landesbund Vogelschutz und der Grundeinkommensbewegung engagiere, versuche ich auch dort, auf die Fehler im Geldsystem aufmerksam zu machen. Nun freue ich mich auf die Teilnahme am Kirchentag in Dresden und hoffe, dass es uns wieder gelingt, viele Menschen auf uns aufmerksam zu machen. Meine große Hoffnung ist nach wie vor die Gründung einer INWO-Regionalgruppe in Oberfranken.

Frank Roesner

Genauere Angaben auf: <http://wal-meeting.blogspot.com/p/events-seminare.html>

■ Mi., 6. Juli 2011, ab 19.00 Uhr, Bistro Dimensione, Neustadtgasse 25, Winterthur
Dimension Grundeinkommen

Regelmässiges Treffen zum Austausch über ein konkretes Grundeinkommensmodell

Entschärft die Schuldenkrise!

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise sind zahlreiche Länder von Europa bis Subsahara-Afrika erneut in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Eine neue Welle der Staats-Überschuldungen droht. Darum hat erlassjahr.de gemeinsam mit weiteren internationalen Entschuldungsorganisationen eine Kampagne zur Einführung eines internationalen Staaten-Insolvenzverfahrens gestartet.

Wie schon in den achtziger Jahren wird aus der gegenwärtigen Überschuldung ein verlorenes Entwicklungsjahrzehnt werden – wenn es nicht zu einer schnellen und umfassenden Lösung kommt. Denn von der Handlungsfähigkeit der Staaten hängt in den ärmeren Regionen der Welt oft nicht nur das Wohlergehen, sondern sogar das Leben der Ärmsten ab.

Wie kann eine Lösung aussehen?

erlassjahr.de und Entschuldungsbewegungen aus allen Erdteilen fordern ein faires und transparentes Staaten-Insolvenzverfahren. Es soll die Staaten ebenso schützen, wie in Deutschland auch insolvente Unternehmen einen Neuanfang bekommen oder Einzelpersonen vor der Verelendung geschützt werden. Existierende Entschuldungsverfahren dienen vor allem den Interessen der Gläubiger und gewähren Entschuldung nur dort, wo absolut nichts mehr zu holen ist. Ein unparteiisches Insolvenzverfahren setzt rechtsstaatliche Regeln an die Stelle von Gläubigerwillkür. Damit erhalten überschuldete Länder die Chance auf einen wirklichen Neuanfang.

Wer kann eine Lösung herbeiführen?

Bis zur Weltfinanzkrise waren die G8 – also der Zusammenschluss der mächtigsten

Industriestaaten – das Gremium, in dem Regeln zur Behandlung von überschuldeten Entwicklungsländern beschlossen wurden. Ihren Platz haben inzwischen die G20 eingenommen. Das sind die G8, ergänzt um die wichtigsten Schwellenländer. Die Kampagne will erreichen, dass die G20 bei ihrem Gipfel im französischen Cannes vom 3.-4. November 2011 einen Grundsatzbeschluss zur Schaffung eines allgemeinen Insolvenzverfahrens für Staaten fassen.

Was können wir dazu tun?

Wenn man von den G20 etwas will, muss man es ihnen sagen. Oder – wenn es nicht wie beim Kölner G8-Gipfel 1999 die Möglichkeit zu einer lautstarken Demonstration gibt – ihnen schreiben. Unterstützer von erlassjahr.de und der internationalen Kampagne »Defuse the Debt Crisis« schreiben im Jahr 2011 Postkarten an den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der den G20-Vorsitz innehat. Damit fordern sie die Einführung eines fairen Insolvenzverfahrens für Staaten. Mit dem Motiv eines gepfändeten Eiffelturms soll auf das absurde Regelvakuum hingewiesen werden, das es im Moment bei Staatspleiten gibt. Denn in den armen Ländern sind der Bevölkerung nicht nur nationale Symbole gepfändet worden, sondern auch das tägliche Brot. Diese menschliche Tragödie darf

sich in Zeiten von globalen Finanzkrisen nicht wiederholen!

Von unten Druck machen!

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat unter dem Druck von mehr als 18.000 Unterschriften im Rahmen der erlassjahr.de-Wimpelkampagne 2009 die Forderung nach einem Staaten-Insolvenzverfahren in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Andere Regierungen und internationale Organisationen unterstützen die Forderung. Wenn der Druck auf alle G20-Staaten groß genug ist, werden auch sie der Forderung »von unten« nachgeben.

Die Chancen dafür stehen so gut wie noch nie! Besonders wichtig ist dabei der Fakt, dass die Kampagne internationale Unterstützer hat. So beteiligen sich Organisationen aus vielen europäischen, aber auch afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern an der Kampagne »Defuse the Debt Crisis« - Entschärft die Schuldenkrise. In Deutschland ist erlassjahr.de das koordinierende Bündnis. Mit gemeinsamen Forderungen, Aktionen und einem einheitlichen Logo wollen Entschuldungsbewegungen weltweit im Jahr 2011 den Durchbruch für das Faire und Transparente Schiedsverfahren erreichen. ■

Kampagnenmaterial anfordern

Auf der Website www.erlassjahr.de steht jede Menge Kampagnenmaterial zum Download bereit. Dort und im Aktionspaket, das im erlassjahr.de-Büro angefordert werden kann, finden Sie auch Briefentwürfe. Schreiben Sie Ihrem Finanzminister und einer oder mehreren der genannten Botschaften der G20! Alle Anschriften finden Sie im Anhang des Aktions-Leitfadens. Vielleicht gibt es unter den G20 ein Land, zu dem

Sie besondere ökumenische oder partnerschaftliche Beziehungen unterhalten. Am wirkungsvollsten ist es dann, wenn Sie den Brief gemeinsam mit ihren Partnern an beide Regierungen schicken. Damit die sehen: Nicht nur die Regierungen kooperieren. Auch die Zivilgesellschaft ist vernetzt – und in Solidarität mit denjenigen, die ansonsten im Chor der Mächtigen keine Stimme haben.

Bei Fragen zur Aktion können Sie mailen (E-Mail: buero@erlassjahr.de) oder anrufen (Tel.: 0211-4693196).

Diese Postkarte zur Einführung eines internationalen Staaten-Insolvenzverfahrens kann bei erlassjahr.de bestellt werden. Unter www.defusetheebtc.org können Sie sie auch als virtuelle Karte unterschreiben.



ENTSCHÄRFT
DIE SCHULDENKRISE



Hans Strung –

als »Staatsfeind« in Stasi-Haft

Noch vor einem halben Jahrhundert konnten Menschen, die sich für einen Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus einsetzten, dafür ins Gefängnis wandern. Das zeigt uns das schwere Schicksal des damaligen DDR-Bürgers Hans Strung und seiner Familie in beeindruckender Weise. Nun haben sich seine Nachfahren für seine Rehabilitation eingesetzt und seine Manuskripte posthum veröffentlicht.

Den am 22. Februar 1899 in Berlin geborenen Hans Traugott Strung hatte es 1937 ins thüringische Trusetal verschlagen, wo er in der Eisensteinstrasse 21 mit seiner Frau Ulrike ein Fotofachgeschäft betrieb. Aus dem Berliner Bürgertum kommend befasste sich Hans Strung nicht nur mit den Alltagsproblemen, sondern stand auch mit verschiedensten Persönlichkeiten zu politischen und philosophischen Grundüberzeugungen im regen Meinungsaustausch. Er dachte darüber nach, wie die Gegensätze in

der Welt versöhnt und ihre Reichtümer gerechter verteilt werden könnten. Dabei stieß er auch auf die Lehren von Silvio Gesell mit seinen Auffassungen von Freiland und Freigeld.

Vor dem Krieg

In Berlin war er dem Fysiokratischen Kampfbund (FKB) beigetreten, der von den Ideen François Quesnays, Pierre-Joseph Proudhons, Henry Georges und vor allem Silvio Gesells inspiriert war. Zeitweilig wurde er Schriftleiter der Zeitschrift dieses Bundes, der »Frei-

wirtschaft«. Danach schrieb er Aufsätze für die von dem Schweizer Lebensreformer und Gesell-Anhänger Werner Zimmermann herausgegebene Zeitschrift »TAO«. Dabei handelte es sich um ein weniger politisches Monatsblatt für »Verinnerlichung und Selbstgestaltung« nach fernöstlichem Vorbild, welches erst 1937 durch Himmler verboten wurde. Strung wurde auch Mitglied der Bewegung NWO (Natürliche Wirtschaftsordnung), die als Dachverband verschiedener Reichsorganisationen dafür einstand, dass jede Form der Ökonomie unter humanistischen



Hans Strung und seine Frau Ulrike

und ökologischen Gesichtspunkten zu organisieren sei, wobei sich die natürlichen und damit freien Kräfte des Wirtschaftens entfalten sollten.

Freigeiste wie Hans Strung sind während der NS-Zeit politisch verfolgt worden. Dies mag ihn und seine Frau bewogen haben, 1937 von der Reichshauptstadt in die ländliche Abgeschiedenheit des Thüringer Waldes zu ziehen. Der Tourismus am Wasserfall versprach dem Berufsfotografen lohnenden Verdienst und so richtete er sich im Ort eine Fotoatelier sowie einen Fotostandort direkt am Wasserfall ein. Im dörflichen Umfeld des Trusegrundes fand Hans Strung jedoch kaum Gleichgesinnte seiner Ideen zu einer besseren Welt, so dass er weiterhin einen umfangreichen Briefverkehr mit Wissenschaftlern in ganz Deutschland führte.

Nachkriegszeit

Nach dem Kriege gab es auch in der sowjetischen Besatzungszone Ansätze zu einer neuen NWO-Bewegung, die jedoch, den Sozialisierungsbestrebungen entgegenstehend, sehr schnell unterbunden wurde. Von diesen Neuansätzen zeugt ein Manuskript von Hans Strung, welches als Entgegnung auf das Aktionsprogramm der im Westen neu gegründeten freiwirtschaftlichen »Radikalsozialen Freiheitspartei« (RSF) 1950 in deren Zeitung »Der freie Mensch« erscheinen sollte. Darin polemisierte er gegen die Ansicht, privates Grundeigentum sei ungerecht. Seine Ansichten widersprachen der in der Sowjetzone betriebenen Bodenreform, aber gleichzeitig auch der Theorie von Silvio Gesell zum sogenannten Freiland.

So schrieb er: »Auch innerhalb räuberischer Entwicklungen hat sich der Fortschritt auf seine Art Bahn gebrochen. So musste sich die Scheidung in Bodeneigentümer und Bodenbesitzlose im Zuge einsetzender Arbeitsteilung ganz natürlich einstellen. Die Eigengesetzlichkeit der Bodenentwicklung, der freie Bodenmarkt erfordern gebieterisch das Privatgrundeigentum. Ferner war die Urbarmachung, Aufschließung und Kultivierung oftmals mit erheblichen Arbeitsaufwendungen verbunden ... Alle gegenwärtigen Bodenbesitzer tragen ihren Eigentumstitel mit vollem Recht. Sie haben ihr Eigentum auf ehrliche Weise erworben, was man gerade von den Staaten und Völkern nicht sagen kann ... Wer heute Boden-Eigentum Raub-Eigentum nennt, der will ja nicht ein Unrecht wiedergutmachen, sondern der will eine politische Idee, eine revolutionäre Maßnahme, eine wirtschaftswissenschaftliche Lehre theoretisch untermauern.« Strung ging es nicht um Enteignung, sondern um die steuerliche Abschöpfung der Bodenrente, des Kapitalertrags also, und dessen Verteilung an alle Erdenbürger (siehe auch den Ausschnitt »Die Sicherung der Menschenrechte«).

BStU
00012

- 9 -

Die Sicherung der Menschenrechte

In jener Erklärung von 1789, mit der die Französische Revolution die Menschenrechte proklamierte, hieß es: "Unkenntnis, Vergessenheit und Nichtachtung der Menschenrechte sind die alleinigen Ursachen des öffentlichen Unglücks". - Mit Recht stand "Unkenntnis" an erster Stelle, denn das Schicksal wollte es, daß auch damals in die Reihe der "natürlichen und ewigen Menschenrechte" ein Recht aufgenommen wurde, welches in Bezug auf den Grund und Boden sehr verhängnisvoll ist - : das "Eigentum". Die Besitzrechte des Bürgertums setzten sich damals durch. Aber mit dem Boden hat es eben eine besondere Bewandnis. Eigentum an Boden darf kein absolutes Eigentum sein. Denn wenn es das ist, beraubt es die Mehrzahl der Menschen ihres unverbrüchlichsten Menschenrechtes, nämlich des Mitanteils am Erdboden. Uneingeschränktes Bodeneigentum läßt die Sonderstellung des Bodens als Existenzgrundlage der Menschen außer Acht. So wurde allein aus Unkenntnis in die Verkündung der Menschenrechte das Recht am Boden nicht mit aufgenommen, jenes Recht, das - um jedem Mißverständnis vorzubeugen - allein seinen Rentenertrag, nicht aber seinen Besitz betrifft.

Wir haben die Menschenrechte erst zu schaffen. Ihr wichtigstes war noch niemals verwirklicht, so daß es also auch noch durch keine diktatorische Gewalt abgeschafft werden konnte. Im Gegenteil, wäre es jemals in Kraft gewesen, so hätte der Lauf der Geschichte eine andere Richtung genommen.

In einer seiner Botschaften sagte der Präsident Truman: "Wenn die Welt die Lehre des Christentums annimmt, daß alle Menschen Brüder sind, wird Frieden sein". Da sich mit Bruderliebe gegen den Krieg nichts ausrichten läßt, wollen wir diese abstrakte Lehre durch eine konkrete Forderung ergänzen. Die Botschaft vom Frieden gewinnt mit einem Mal wirklichen Inhalt, wenn wir als positiven Ausdruck der Bruderschaft aller Menschen die Anerkennung des gleichen Anrechtes aller Bürger an dem Kapitalertrag des Erdbodens fordern. Wenn man es so faßt, dann ist allerdings das Gute im Menschen - nämlich seine Güte, Liebe und Barmherzigkeit für den Mitmenschen - vornehmste Voraussetzung des Friedens. Und man wird die Tiefe der Religiosität eines Menschen daran ermessen, wie weit er nun praktisch handlungsfähig für die Gleichberechtigung des Mitmenschen am Erdboden eintritt. -

Die Erde ist die natürliche Grundlage und Heimat des Menschen. Der größte Teil der Menschheit aber lebt notgedrungen heute von ihr, seiner Lebensvoraussetzung, getrennt. Wer der Erde entfremdet ist (oder von ihrem Ertrage ausgeschlossen ist), der geht der Kraft des Lebens verlustig. Diese Erkenntnis symbolisierte bereits die alte griechische Sage im Riesen Antäus, der Unsterblichkeit besaß, solange er die Mutter Erde berührte. Als es Herkules gelang, ihn endlich in die Luft zu heben, erlag er dem Feinde. So sind auch wir ohne Boden unter den Füßen dem Tode geweiht. Wer in der Ära unseres Mächtigen Bodenrechtes kein Bodeneigentümer ist, schwebt schon in der Luft und welkt dahin wie eine aus der Erde gezogene Blume. Der keine Beziehung zum Erdboden mehr aufweisende Erdbewohner ist enturzelt, und man kann sein Vegetieren im eigentlichen Sinne nicht

Die beiden abgebildeten Seiten stammen aus Hans Strungs Manuskript »Friede auf dem Erdboden«, dessen Drucklegung 1958 vom DDR-Staatssicherheitsdienst durch Beschlagnahme verhindert und das erst 2009 von der Stasiunterlagenbehörde (daher der Stempel BStU) wieder freigegeben wurde.



Im Geschäftshaus der Familie saß Hans Strung nachts an seiner Schreibmaschine und verfasste angeblich »staatsfeindliche Hetze«.

Festnahme

Außerdem schrieb Strung zwei gesellschaftskritische Bücher, die er in Westberlin drucken lassen wollte. Unter dem Pseudonym Hans Traugott verfasste er »Friede auf dem Erdboden«. Dieses Manuskript hatte er 1958 selbst nach Westberlin zu einem Verlag gebracht. Sein zweiter Titel »Die Religion der Wahrheit«, welchen er unter dem Namen Hans Herrmann geschrieben hatte, sollte durch seinen Sohn Silvio ebenfalls nach Westberlin geschafft werden. Der Vater hatte hierzu im Koffer einen doppelten Boden eingearbeitet und dort das Manuskript versteckt. Zusammen mit zwei Freunden wollte sich Silvio Strung am 10. Juni 1958 nach Berlin begeben. Am nächsten Morgen fehlte jedoch einer der drei Teilnehmer am Bahnhof. So fuhr nun Silvio Strung mit seinem Freund Siegfried Heller alleine ab. In Leipzig sind sie jedoch von der Stasi aus dem Zug geholt und verhaftet worden. Der Koffer wurde zielgerichtet durchsucht und das maschinenschriftliche Buch beschlagnahmt. Damit konnte Hans Strung endlich wegen staatsfeindlicher Hetze verhaftet werden.

Die Stasi-Offiziere hatten auch Kenntnis von jenem Manuskript, welches sich bereits in Westberlin befand. Silvios Mutter Ulrike wurde nunmehr unter Druck gesetzt. Man versprach ihr, wenigstens den Sohn und dessen Freund freizulassen, wenn sie diese Buch-

vorlage noch vor dem Druck zurückhole und bei der Stasi abliefern. In ihrer Not sorgte die Mutter nun für die Freilassung von Silvio und Siegfried, indem sie das Manuskript beschaffte. Hans Strung, der seit dem 12. Juni 1958 in Untersuchungshaft saß, wurde hingegen der Prozess gemacht. Das Fotogeschäft war im Zuge der Festnahme von oben bis unten durchsucht und säckeweise Unterlagen konfisziert worden. Durch die Liquidierung des Betriebs, in dem Frau und Sohn mitgearbeitet hatten, wurde der Familie die Existenzgrundlage entzogen.

Die Stasi sorgte außerdem dafür, dass diverse Gerüchte und Anschuldigungen zur Demoralisierung von Hans Strung und seiner Familie gezielt in der Trusetaler Bevölkerung gestreut wurden. Ein von der Stasi beschlagnahmtes Foto mit Anita Dietz und Hanna Storch, die sich 1951 zum Fasching als Hawaii-Mädchen verkleidet hatten, sollte als Belastungsmaterial gegen Strung verwendet werden. 1958 konnte jedoch klargestellt werden, dass es sich nur um ein harmloses Faschingsbild handelt. Vom 16. Februar 1959 bis zum 10. Oktober 1963 blieb Hans Strung inhaftiert. Zunächst ist er in die Vollzugsanstalt Untermaßfeld eingewiesen worden. Da er sich von seinen politischen Überzeugungen nicht distanzieren wollte, musste er das letzte Halbjahr sogar in der Nervenheilstalt Hildburghausen absitzen.

Nach der Haft

Nach der Haftentlassung kehrte Hans Strung als gebrochener Mann nach Trusetal zurück und lebte in den letzten Jahren im Haus Pappenheimplatz 5. Die Schikanen gegen seine Familie gingen weiter. Selbst die Familie des Sohnes, Silvio war inzwischen mit Carola Blum verheiratet, wurde geächtet. Unter diesen Bedingungen schien es der jungen Familie geraten, Trusetal 1965 zu verlassen und sich nach Hoyerswerda abzusetzen. Hans Strung wurde als politisch Verurteilter dem VEB Fluß- und Schwerspatbetrieb Trusetal zugewiesen und war dort als Pumpenwärter angestellt. Nach fünf Jahren Einzelhaft ging die Ehe zu Bruch und Ulrike Strung wurde gedrängt, sich vom »Staatsfeind« scheiden zu lassen, um sich wenigstens Rentenansprüche zu sichern. Sie folgte der Familie des Sohnes in die Lausitz.

Seine Enkelkinder durften Hans Strung nur selten im Beisein eines Aufpassers in Trusetal besuchen. Selbst Schwiegertochter Carola hatte sich, wenn sie ihre Heimatgemeinde Trusetal aufsuchte, jedes Mal polizeilich zu melden! Das alles konnte Strung nicht davon abhalten, immer wieder Briefe an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht zu schreiben, die Vorschläge zur Änderung des Geldwesens der DDR im Sinne der Gesellschaft enthielten. Für die örtliche, bäuerlich geprägte Bevölkerung war der Intellektuelle aus

Berlin schon immer ein Außenseiter gewesen, am Ende galt er gar als Spinner. Von der Öffentlichkeit zurückgezogen verstarb Hans Strung 1971.

Rehabilitation

Die Familie seines Sohnes Silvio wollte nach der Wende eigentlich die Angelegenheit auf sich beruhen lassen. Zuviel hatte die Familie in all den Jahren ertragen müssen. Doch die Enkel und Urenkel drängten nach Aufklärung. Ein Rehabilitationsverfahren wurde angestrengt. Nach Prüfung der umfangreichen Gerichts- und Stasiakten kam das Landgericht Meiningen am 16. September 2009 zu dem Beschluss: 1. Das gegen den Betroffenen ergangene Urteil vom 16. Februar 1959 werde für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben. 2. Der Betroffene habe in der Zeit vom 16. Februar 1959 bis zum 10. Oktober 1963 zu Unrecht Freiheitsentzug erlitten. Hans Strung wurde damit als Opfer politischer Justiz voll rehabilitiert. Die Rehabilitation seines Sohnes Silvio erfolgte am 13. August 2010 durch das Landgericht Meiningen. Das Gericht stellte fest, dass er 1958 zu Unrecht einen Freiheitsentzug erlitten hatte, erklärte das Urteil des Bezirksgerichtes Suhl vom 9. Januar 1959 für rechtsstaatswidrig und hob es auf.

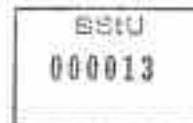
Nach der Rehabilitierung Strungs gab die Stasiunterlagenbehörde die beiden Manuskripte aus den 1950er Jahren frei. Die Familie hat sie in mühevoller Arbeit am Computer abgetippt und posthum veröffentlicht. Nach Auskunft des Sohnes gestaltet es sich allerdings schwierig, die übrigen bei der Festnahme konfiszierten privaten Besitztümer wieder für die Familie zugänglich zu machen, darunter etliche Tagebücher. ■



Jürgen Messerschmidt ist Kämmerer und Ortschronist der Gemeinde Trusetal im Thüringer Wald. Dieser Beitrag über Hans Strung erschien erstmals in etwas kürzerer Fassung in seinem Buch »Trusetal im Wechsel der Geschichte«, das 2010 zur 825-Jahrfeier des Ortes veröffentlicht wurde.

Weiterführende Literatur:

- Hans Herrmann Traugott Strung: Die Religion der Wahrheit. Selbstverlag 2010, ISBN: 978-1-4477-2861-0.
- Hans Strung: Friede auf dem Erdboden. Selbstverlag 2011, ISBN: 978-1-4476-6209-9.
- Günter Bartsch: Die NWO-Bewegung Silvio Gells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93. Gauke Verlag Fachverlag für Sozialökonomie 1994.
- Werner Onken: Natürliche Wirtschaftsordnung unter kommunistischer Herrschaft und nach der Wende von 1989. Gauke Verlag Fachverlag für Sozialökonomie 1997.



mehr als "Leben" bezeichnen.

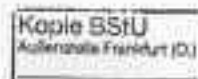
Die Erde ist nicht nur Nahrung und Wohnung, sondern sie ist Anfang und Ende, Teil und Organ des Menschen. Der Mensch erhebt mit der Gewalt eines unabdingbaren Naturgesetzes und ewigen Daseinsrechtes seinen Anspruch auf Bodenwerte. Wie jede Pflanze aus dem Erdrreich Kräfte hervorzieht und jedes Tier von ihm sich ernährt, so muß auch der heutige Mensch durch soziale Bodenreform wieder feste Wurzeln im Erdboden schlagen.

Der größte Teil aller auf unserer Zivilisationsstufe Lebenden hat den Sturz ins Bodenlose vor Generationen vollzogen. Zwischen ihnen und der Erde kluft ein tiefer Abgrund, der ihre Menschwerdung heimtückisch verhindert und Streit und Zwist unter das Menschengeschlecht gesät hat. Diesen Geschöpfen ist in Wahrheit das Paradies verschlossen, das in der Geborgenheit der Lebewesen im Schoße der Natur beruht. Erst eine grundsätzliche Reform des Bodenrechtes kann die Verbindung zur Natur den Menschen wieder zurückgeben.

Den Scharen der Enterbten und Entwurzelten stehen die Begünstigten und Bevorrechtigten gegenüber, die aus ihrem Bodenbesitz mühelose Monopolgewinne beziehen. Machen wir uns doch dieses verschiedene Verhältnis der Lebewesen zu ihrem Lebensursprung bewußt: Dort das gänzliche Ausgeschlossenensein von der Tafel der Natur, hier der vermehrte Genuß der Güter, die das Dasein begründen. Dieses Unrecht macht sich auf Schritt und Tritt im Gesellschaftsleben bemerkbar und hat der Weltgeschichte seinen Stempel aufgeprägt. Niemand wird erwarten, in einer Gesellschaft Frieden, Freiheit und Freude vorzufinden, die ihren Angehörigen die Gleichheit vorenthält, die allein vor der Natur Gültigkeit hat. Aller Haß und Unfrieden sind berechtigt, wenn ein Teil der Bürger des Planeten ständig um sein primitivstes Lebensrecht betrogen wird, während der andere Teil sich auf seine Kosten bereichert.

Es sind ewige und unantastbare Naturgebote, die den Anspruch jedes Bürgers auf gleiche Bodenwerte zum Inbegriff der Menschenrechte und jeder sozialen Ordnung machen: Die praktische Gleichheit aller Volksgenossen vor dem Grund und Boden ihres Landes ist wichtiger und wertvoller als alle formellen Freiheiten und politischen Rechte. Und auch die Gegensätze zwischen den Völkern können nur überbrückt werden durch das Unterwerfen des Bodenwesens unter die heiligen Naturgebote und Schöpfungsordnungen.

In unserer Zeit haben sich besonders die Vereinten Nationen zum Fürsprecher der Menschenrechte gemacht. Im besonderen hatte sich Präsident Roosevelt das Ziel gesetzt, "die Wissenschaft der menschlichen Beziehungen" zur Durchführung kommen zu lassen. Immer noch wartet die Parole "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" darauf, aus dem Reiche bloßer Träume in die Wirklichkeit übergeführt zu werden. Wollen wir Menschen in Eintracht leben, dann müssen wir im Einklang mit der Natur stehen. Diese hat den Tisch mit gleichen Gaben für alle gedeckt.



Bernd Hercksen: Vom Urpatriarchat zum globalen Crash? Der Aufstieg einer verkehrten Welt und die Suche nach der richtigen. Shaker Media, Aachen 2010, 39.00 €, ISBN 978-858-408-0

Jede Fehlentwicklung hat einen Ursprung, eine falsche Weichenstellung, aus der alles Weitere folgt. Bernd Hercksen zufolge begann im Fall der Menschheitsgeschichte diese Fehlentwicklung mit dem Patriarchat, das die friedliche Epoche des Matriarchats beendete und sich auf dessen Kosten in den folgenden Jahrtausenden immer weiter ausbreitete.



Für Hercksen, ehemals Redakteur der Zeitschrift »Der Dritte Weg«, ist das Patriarchat eine Herrschaft auf der Grundlage von Habgier und rücksichtslosem Egoismus. Die Herrschaft der Väter wurde zur Herrschaft des Kapitals, dessen Verwertungsgetriebe alle Menschen und Naturgüter auspresst, bis am Schluss alles Leben zusammenbricht.

Das Ziel von Hercksens Buch ist es, mit Hilfe der Vergangenheit die Gegenwart zu erkennen, um den Weg in eine lebenswerte Zukunft zu finden. Der Autor verdichtet den riesigen Stoff der Menschheitsgeschichte auf 700 Seiten zu einer – auch aufgrund des zweispaltigen Satzes – gut lesbaren »großen Erzählung« und entwirft im Nachwort die Vision einer postpatriarchalischen Bewegung. Freiwirtschaftlich orientierte Leser dürften sich unter anderem über die fehlende Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus (S. 557) sowie Hercksens negative Beurteilung des Gewinnprinzips (S. 681) wundern. So gesehen ist Hercksens Buch keinesfalls ein »freiwirtschaftliches« Werk. Auch wenn man nicht in allen Punkten mit dem Autor einverstanden sein muss und sich manches auch nicht so ohne weiteres unmittelbar überprüfen lässt: Hochanregend ist das Buch auf jeden Fall.

Frank Bohner

Kai Mommsen: Die fünf Schlüssel zu Utopia. Ansätze zur Transformation der Gesellschaft, BoD 2009, 348 S., 27.00 €, ISBN: 978-3839134504

Selbststeuernde Systeme, überschaubare Einheiten, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Wirtschaften ohne Wachstumszwang, Befreiung des Menschen von falscher Arbeit: Das sind für Kai Mommsen einige der Kennzeichen einer »reichen Ökonomie«. Diese wird im sechsten und letzten, ca. 90 Seiten umfassenden Kapitel von Mommsens Buch »Die fünf Schlüssel zu Utopia« genauer beschrieben.

Voraussetzung für eine »reiche Ökonomie« ist laut Mommsen die Verwirklichung der (freiwirtschaftlichen) Geld- und Bodenreformvorstellungen. Und weil ökonomische Weichenstellungen weitreichende gesellschaftliche Folgen haben, ist dieses Kapitel konsequenterweise mit der Überschrift »Das reiche Dasein« versehen.

Die ersten fünf Kapitel des Buches analysieren den Istzustand der Gesellschaft: Neben einem »irrationalen Wirtschaftssystem« (Kapitel 3) werden auch das Unvermögen der modernen Weltansicht (Kapitel 2) sowie ein »irrational-



les Gesellschaftssystem« (Kapitel 3) betrachtet. In seinem interdisziplinär angelegten Werk plädiert Mommsen für eine umfassende Befreiung des Menschen, für die Überwindung des Materialismus und der reduktionistischen Weltansicht zugunsten eines spirituellen Weltbildes. Vergemeinschaftung des Bodens und eine Geldreform sind für den Autor unabdingbare Voraussetzungen auf dem Weg dorthin.

Frank Bohner

Ein globales Finanzsystem im Dienst nachhaltiger Entwicklung – Welchen Einfluss haben europäische und globale Finanzreformen auf Entwicklungsländer? Broschüre hrsg. von WEED, Berlin 2011. ISBN: 978-3-937383-77, Schutzgebühr 2.00 €, außerdem als PDF zum kostenlosen Download auf www.weed-online.org



Die weltweite Debatte über Finanzreformen ist nach wie vor aktuell. Zwar wurden in der Europäischen Union mittlerweile einige Reformen umgesetzt. Häufig handelt es sich jedoch nur um halbherzige Maßnahmen, die keinen angemessenen Schutz vor zukünftigen Finanzmarkturbulenzen bieten. Dabei sollten die EU-Finanzmarktrefor-men eigentlich zu einer nachhaltigen globalen Entwicklung beitragen. Die Reformen betreffen nämlich nicht nur die EU, sondern haben auch starken Einfluss auf Entwicklungsländer. Die nun auch auf deutsch erschienene Broschüre führt in diese Debatte ein.

Richter Franziska, Wahl, Peter: The Role of the European Central Bank in the Financial Crash and the Crisis of the Euro-Zone. Englischsprachiger Report hrsg. von WEED, Berlin 2011. Als PDF zum kostenlosen Download auf www.weed-online.org

Bisher beschäftigt sich die Zivilgesellschaft kaum mit dem Thema EZB. Die EZB ist einer der wichtigsten Spieler in der Finanz- und Eurokrise. Der Report analysiert kritisch Struktur und Mandat der EZB und ihre Rolle im Krisenmanagement. Er ist Ergebnis eines Expertenseminars zum Thema mit Experten aus ganz Europa.





Mitgliedsantrag

Name	Straße & Hausnummer	Postleitzahl & Ort
Telefon & E-Mail-Adresse	Alter, Beruf	

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg

- Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!
- Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
 Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
 Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).
- Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.
 Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.
 Ich wünsche jährlich eine Spendenbescheinigung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im März für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der konto-führenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Bestellformular

- Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
 Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.
 Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
 Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____
ggf. Artikelbezeichnung	ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Nettopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.



Fairconomy- Rettungsschirm

Unser FAIRCONOMY-Schirm –
der einzige Rettungsschirm,
der Sie nicht im Regen stehen lässt! Aufschrift:
»Rettungsschirm für alle« und »Fairconomy«

Preis: 15 €, zzgl. Versand

Werner Onken

Geld und Natur in Literatur, Kunst und Musik



Nach einem kurzen Blick auf den zu geringen Stellenwert der Kultur in der Gesellschaft zeigt Werner Onken in diesem Buch, wie sich zahlreiche DichterInnen, KünstlerInnen und MusikerInnen in ihren Werken auch mit den wirtschaftlichen Grundfragen unseres Daseins beschäftigt haben – mit der Rolle des Geldes in der Gesellschaft, mit dem Gegensatz zwischen Reichtum und Armut sowie mit dem Umgang mit dem Boden und den Naturressourcen.

Verlag für Sozialökonomie, Kiel 2010,

285 S., 47 Farb- und 32 Schwarzweißabbildungen, Pb.,
Preis: 29.90 €

Dirk Löhr

Die Plünderung der Erde – Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomie



Die Zerstörung der Natur und die Zerstörung von Menschenleben: Beides hängt eng miteinander zusammen; das Vernichtungswerk hat System.

Unter dem ideologischen Deckmantel der Effizienz wird aktuell ein brutaler wie methodischer Raubzug gegen Mensch und Natur geführt. Der dabei von den Privatisierungs-Gurus und den Rendite-Junkies in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vorgelegte Plan ist nicht die behauptete Lösung, sondern der Kern des Problems: Er fordert umfassende Exklusionsrechte an nicht vermehrbaren Ressourcen einerseits und den Tanz

um das Rentabilitätsprinzip andererseits.

Verlag für Sozialökonomie, Kiel, 2. überarb. und erweiterte
Auflage 2009, 486 S., Pb., zahlr. Abbildungen und Tabellen,
Preis: 34.00 €

Wera Wendnagel

Mariannes Vermächtnis oder Wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte

»Letzte Politik« ist für das Mädchen Wera anfangs nur eine Art Denkspiel, das schon im Haus der Großeltern aufkam und mit »Silvio Gesell« und »Freiwirtschaft« verknüpft ist. Ein Spiel, das bald von der politischen Verfolgung der Eltern und den Kriegereignissen weggeschwemmt wird, die Wera als junge Frau nach Argentinien verschlagen. Die Liebe führt sie schließlich nach Deutschland zurück. In politischen Diskussionen mit ihrer Mutter Marianne wird Wera mehr und mehr klar, dass es bei der »Letzten Politik« letztlich ums globale Überleben geht: Das Konzept zielt auf nichts weniger als eine alternative Wirtschaftsordnung.



Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach/Taunus 2010, Preis: 29.95 €

Hans Strung

Friede auf dem Erdboden

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts setzt sich der Freidenker Hans Traugott Strung intensiv mit gesellschaftlichen Themen auseinander. Dabei stößt er auch auf die Visionen des Sozialreformers Silvio Gesell. Im thüringischen Wald lebend schreibt der 1899 in Berlin geborene Fotograf seine Gedanken über eine bessere Welt in zwei Büchern nieder, die er 1958 heimlich im Westen drucken lassen will. Doch die Stasi beschlagnahmt die Manuskripte als »staatsfeindliche Hetze« und bringt Strung hinter Gitter. Erst 2009 bekommt seine Familie die Manuskripte von der Stasiunterlagenbehörde zurück und veröffentlicht sie posthum.



Selbstverlag 2011, 179 Seiten, Preis: 19.95 €

Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02,
E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.